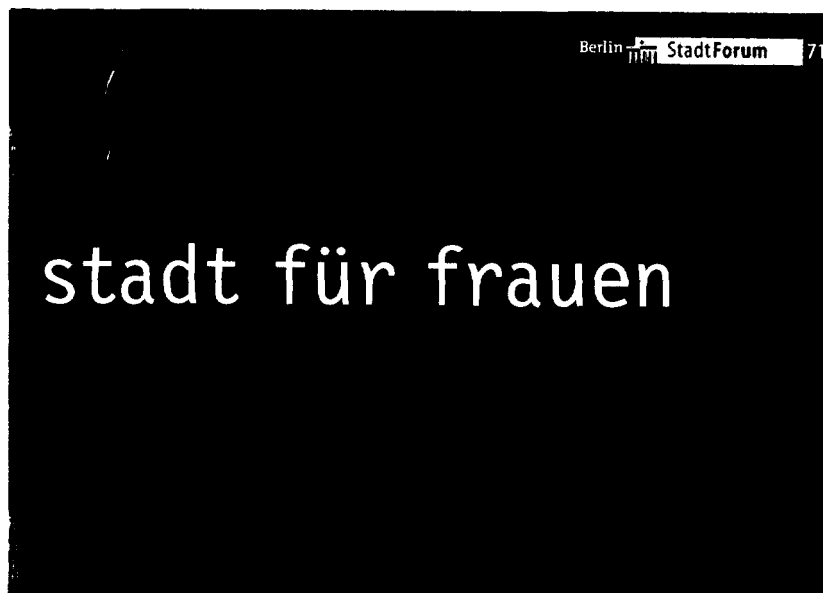


# Dokumentation



71. Sitzung des  
Stadtforums **Stadt für  
Frauen**

Emanzipationschancen in der Metropole

am 25. September 1998  
im Informationszentrum zur Hauptstadtplanung  
(ehem. Staatsratsgebäude),  
Schloßplatz 1, in Berlin-Mitte,  
16.00 bis 20.00 Uhr

## **Stadt für Frauen**

### **Emanzipationschancen in der Metropole**

71. Sitzung des Stadtforums am Freitag, den **25. September 1998**,

im Informationszentrum zur Hauptstadtplanung (ehem. Staatsratsgebäude)  
Schloßplatz 1, 10178 Berlin-Mitte, **16.00 bis 20.00 Uhr**

#### **Ingke Brodersen, Rowohlt Berlin Verlag**

„Eine kurze Einführung in die Debatte“

#### **Prof. Dr. Hildegard Maria Nickel, Lehrstuhl für Familie, Jugend und Geschlechterverhältnisse der Humboldt-Universität Berlin**

„Dient die Großstadt als Emanzipationsort?“

#### **Ulla Luther, Staatsrätin im Senat für Bau, Verkehr und Stadtentwicklung, Bremen**

„Die Vorteile des städtischen Lebens“

#### **Franziska Eichstädt-Bohlig, MdB/Architektin, Bonn/Berlin**

„Werden Frauen an den Stadtrand gedrängt?“

Diskussion und Pause (bis 18.15 Uhr)

#### **Dr. Marie-Therese Krings-Heckemeier, empirica, Bonn**

„Bemerkungen zur ‚Stadt der Frauen‘“

#### **Sabine Issa, Senatsamt für die Gleichstellung, Hamburg**

„Zeiten der Stadt - ein Hamburger Projekt“

Diskussion und Ende (ca. 20.00 Uhr)

Moderation:

**Prof. Dr. Rudolf Schäfer**, Planungs- und Baujurist, Technische Universität Berlin

Rückfragen:

Stadtforum Koordinationsbüro

Philipp Meuser

Schlüterstraße 17

10625 Berlin-Charlottenburg

Fön 030-31506-315

Fax 030-31506-317

E-Mail [meuser@berlin.snafu.de](mailto:meuser@berlin.snafu.de)

Obwohl die Erwerbsquote von Frauen steigt und immer mehr Mütter

berufstätig bleiben, sind sie nach wie vor fest in traditionelle Lebensformen

eingebunden und - besonders in der Stadt - Lebensbedingungen ausgesetzt,

die Ungleichheiten zwischen Frauen und Männern eher befördern statt sie

abzubauen. Frauen tragen die Hauptlast der Kindererziehung sowie die

Verantwortung für die Organisation des familiären Alltags und müssen daher

mehr als andere Erwerbstätige unterschiedliche Zeitordnungen

synchronisieren. Die langen Wege im Dreieck zwischen Arbeitsplatz, Wohnort

und Kinderbetreuung konfliktieren häufig mit einer Berufstätigkeit. Hinzu

kommt, daß die innerstädtischen Infrastruktur- und Dienstleistungsangebote

in den Öffnungs- und Betreuungszeiten so unflexibel sind, daß sie

berufstätigen Müttern bestenfalls eine Teilzeitarbeit ermöglichen. Frauen

müssen absolut durchrationalisierte Zeitmanagerinnen sein, um die Trias von

Beruf, Arbeit und Kind unter einen Hut zu bringen.

Das Stadtforum geht der Frage nach einer frauengerechteren Stadt von zwei

Seiten nach. Der räumliche Aspekt soll eine Antwort daraufgehen, ob der

Wohnstandort Einfluß auf die Emanzipationschancen hat und welche Vorzüge

sowohl Innenstadt als auch Peripherie bieten. Welche Orte müssen etwa für

Kinder geschaffen werden, um berufstätige Mütter zu entlasten?

Der zeitliche Aspekt hinterfragt überholte Nutzungsstrukturen in der Stadt und

sucht nach pragmatischen Lösungsansätzen. Durch welche  
veränderten

Rahmenbedingungen in der Stadtplanung kann darüber hinaus den

Zeitkonflikten doppelbelasteter Frauen Rechnung getragen  
werden? Und

welche neuen Dienstleistungen werden dadurch erforderlich?

Empfehlungen des 71. Stadtforums am 25. September 1998

## **Stadt für Frauen**

### **Emanzipationschancen in der Metropole**

Im Anschluß an das 71. Stadtforum formulierte die Lenkungsgruppe folgende Thesen:

#### **I. Berlin ist eine Stadt der Frauen**

Berlin ist eine Stadt der Frauen: Mehr als 50 % der Berliner Bevölkerung sind weiblich. Dabei sind die Lebenssituationen und die Anforderungen an die Stadt als Wohn- und Arbeitsort sehr unterschiedlich und befinden sich in einem strukturellen Wandel, der bislang auch von der Stadtentwicklung kaum richtig wahrgenommen wird. Besonders deutlich wird dies für den Bereich der weiblichen Singles. Berlin ist die Hauptstadt weiblicher Singles. Dies drückt sich im Anteil von insgesamt 46 % Einpersonenhaushalte (49 % West) und (41 % Ost) aus, wobei der weibliche Anteil mit 55,5 % (West) und 52,1 % (Ost) überwiegt. Auf die Gesamtstadt bezogen werden also knapp ein Viertel aller Haushalte von weiblichen Singles geführt. Rund 30 % der Einpersonenhaushalte sind unter 45 Jahre, rund 24 % zwischen 45 und 65 Jahre und nur rund 48 % sind 65 Jahre oder älter.

Die Innenstadtbezirke bilden dabei den bevorzugten Wohnstandort der alleinlebenden Frauen: weibliche Angestellte, Wissenschaftlerinnen, Künstlerinnen, Kultur- und Sozialmanagerinnen, für die sich diese Lebensform ungewollt ergeben hat oder die sich bewußt für diese Lebensform in der Metropole Berlin entschieden haben

#### **2. Konsequenzen für den Städtebau**

Stadtentwicklung, Stadtplanung und Städtebau haben diese differenzierte Situation der Frauen bislang nur unzureichend wahrgenommen. Sie muß auf die unterschiedlichen Formen für die Emanzipation Angebote entwickeln: für das Leben in bewußter Kinderlosigkeit als Single oder in Partnerschaft, für das Leben mit

Kindern und Beruf, für das Leben mit Kindern und emanzipiertem Partner, für das Leben mit Kindern und einem Verzicht auf Erwerbsarbeit sowie für die Situation älterer Frauen. Generell ist davon auszugehen, daß für alle diese Ansprüche gerade das städtische Wohnen überzeugende Angebote bereitstellen kann. Die kompakte europäische Stadt bietet auch für die Lebensgestaltung von Frauen Vorteile (Vielfalt von Dienstleistungsangeboten, Zeitersparnis etc.). Stadtentwicklung muß darauf hinwirken, daß diese Vorteile tatsächlich zum Tragen kommen und Frauen nicht wegen der Defizite der innerstädtischen Lebensverhältnisse motiviert bzw. gezwungen werden, die Stadt zugunsten der Peripherie bzw. des Umlandes aufzugeben.

### **3. Innenstadt muß familienfreundlich bleiben**

Von besonderer Bedeutung ist die Stadtentwicklung im Hinblick auf die Entscheidung junger Frauen für Kinder und die Kombination von Familie und Beruf. Untersuchungen zeigen, daß die Lebensverhältnisse in den Innenstädten heute vielfach dazu führen, daß sich Frauen dort den Wunsch nach Kindern nicht erfüllen wollen. Häufig stellen sie ihn dann ganz zurück. Noch häufiger wird aber in der Familiengründungsphase die Entscheidung für einen Wohnort an der Peripherie oder im Umland getroffen. Stadtentwicklung muß innerstädtische Lebensverhältnisse so qualifizieren, daß Frauen sich nicht mehr vor diese Alternative gestellt sehen, sondern ihre Wahlfreiheit auch in innerstädtischen Räumen realisieren können.

Wenn sich Familien den innerstädtischen Strukturen entziehen, dann geschieht dies in Verantwortung um die Sicherheit und Gesundheit ihrer Kinder. Um die stark zunehmende Stadtflucht einzudämmen muß es darum gehen, die Attraktivität der Innenstadt für junge Familien zu erhöhen. Denn auch Kinder sollen die deutlichen Vorteile des städtischen Lebens gegenüber der Peripherie kennenlernen. Für junge Mütter muß die Innenstadt eine attraktive Alternative zu einem Leben an der Peripherie darstellen. Was dies im einzelnen bedeutet, kann nur von Quartier zu Quartier entschieden werden. Zentrale Problemfelder sind durchgängiger Verkehr mit seinen Gefährdungen (Sicherheit, Lärm) sowie die Freiraum- und Grünsituation. Zum städtischen Wohnen gehört gerade aus der Perspektive von

Frauen und Familien eine Mindestqualität des öffentlichen Raumes. Dieser muß gefahrlos genutzt werden können und darf nicht verwahrlost und abstoßend wirken. Berlin hat hier erhebliche Defizite aufzuarbeiten. Die Stadt muß deutlich aktiv werden und z.B. die Belästigung und Gefährdung durch Hundehalter (Kot, Pitbulls) nachdrücklich bekämpfen.

#### **4. Differenziertes Angebot an Eigentumsformen**

Die Attraktivität des städtischen Wohnens hängt wesentlich davon ab, in welchem Maße Selbstbestimmung der Bewohner möglich ist. Hier spielt die Frage des selbstgenutzten Eigentums eine bedeutende Rolle. Es müssen vermehrt differenzierte Möglichkeiten der Eigentumbildung (z.B. Geschoßeigentum, genossenschaftliche Ansätze) bereitgestellt werden.

#### **5. Zeitprojekt in Hamburg als Anstoß für Berlin**

Die traditionellen Zeitstrukturen der Städte (Ladenöffnungszeiten, Arbeits- und Dienstzeiten etc.) verändern sich zunehmend und werden flexibler. Gleichwohl sind berufstätige Frauen mit Kindern nach wie vor massiv von den in den Städten herrschenden Zeitstrukturen betroffen. Objektiv wie subjektiv stehen sie unter großem kontinuierlichen Zeitstreß und müssen ein professionelles Zeitmanagement entwickeln. Das Hamburger Projekt "Zeiten der Stadt" zeigt auf, wie durch kommunale Initiative gezielte Verbesserungen der Situation der Frauen erreicht werden können. Berlin muß diese Initiative aufgreifen und durch geeignete Pilot- und Modellvorhaben konkrete Verbesserungen erreichen. Dabei muß es vor allem darum gehen, Ansätze zu stadtteilspezifischen Lösungen zu entwickeln, die in weitem Maße durch Selbstorganisation zu realisieren sind. Hier sind allerdings die Rahmenbedingungen für ehrenamtliche Tätigkeiten zu verbessern. Sonst werden auch in diesem Bereich die berufstätigen Frauen mit Kindern wieder die Hauptbetroffenen bleiben.

## **6. Staat und Gesellschaft müssen veränderte Rahmenbedingungen schaffen**

Entscheidend ist, daß bestimmte zentrale Rahmenbedingungen für die Lebensgestaltung und die Wahlfreiheit von Frauen in der Stadt nur unzureichend bereitgestellt sind. Der europäische Vergleich zeigt eindeutig, daß die Kombination von Berufstätigkeit und Kindern wesentlich von der sozialen und schulischen Infrastruktur bestimmt wird. Eine zentrale Forderung muß daher die Schaffung von ganztägigen Betreuungsangeboten für Kinder im Vorschul- wie im Schulalter sein.



Eine Einführung in die Debatte

**Ingke Brodersen**  
Rowohlt Berlin Verlag

## Ingke Brodersen **Eine Einführung in die Debatte**

Stadtforum „Stadt für Frauen“ am 25.  
September 1998

Ich kann Sie beruhigen, heute soll es nicht gehen um:

- \* die Suche nach den runden weichen naturnahen Formen weiblicher Architektur
- \* zu kleine Kinderzimmer oder zu kleine Küchen
- \* Frauen als Opfer von Männergewalt in öffentlichen und womöglich auch privaten Räumen.

Vielmehr soll es gehen um Frauen als Handelnde, als Fordernde, um die Vorteile städtischen Lebens für Frauen, um die Stadt als Ort des Umbruchs und der Emanzipation und um ein Projekt des Senats Hamburg, das dem unsrigen in Berlin als leuchtendes Vorbild dienen mag.

Zur Einstimmung

Stellen Sie sich vor: Wochenende vorbei, Kühlschrank leer, der typische familiäre Kleineinkauf steht an, der alle zwei Tage anfällt. Pampers, Milch, Brot, ein Kilo Spaghetti und heute noch eine Packung Klopapier. Sie sind Vater zweier Kinder, das kleinste im Kinderwagen, seine dreijährige Schwester muß mit, „die Tochter allein zuhaus“ hätte das letzte Mal fast die Wohnung abgefackelt.

Das ist aber auch die einzige „Erschwernis“, ansonsten haben Sie großes Glück, denn:

- \* Der Supermarkt befindet sich gleich um die Ecke.
- \* Der Eingang ist stufenlos und mit automatischer Schiebetür.
- \* Kein Drehkreuz, das den Weg versperrt und das Durchschieben des Kinderwagens gar nicht möglich macht.
- \* Der Einkaufswagen mit Kindersitz ist zufällig frei - Sie kau-

fen ja auch in der kundenschwachen Vormittagszeit ein.

\* Im Laden ist kein Gedränge - Sie können sich frei bewegen.

\* Duplo und Haribo befinden sich nicht in Kinder-Greifhöhe. Sie ersparen sich damit das übliche Geplärre.

\* Die Schlange an der Kasse ist kurz, die Kassiererin freundlich, sie verstaut die Waren, während Sie der Tochter hinterherstürzen und sie gerade noch an der Bordkante der sechspurigen Martin-Luther-Straße abfangen können.

\* Sie haben glücklicherweise den „hohen“ Kinderwagen genommen, deswegen finden auch Pampers und Klopapier Platz auf dem Korb unter dem Wagen und Sie müssen sich diese nicht, wie das letzte Mal, unter den Arm klemmen und die Tochter an der Hand, bei Fuß halten, damit das Klopapier nicht wegrutscht.

\* Eine freundliche Dame hilft Ihnen beim Überqueren der Straße. Sie nimmt Ihre Dreijährige bei der Hand, während Sie den Kinderwagen über die Bordsteigkante heben.

\* Sie kommen nach Hause, das Mietshaus, in dem Sie wohnen, hat einen Kinderwagenabstellplatz, der ohne Stufen erreichbar ist.

\* Seit 9 Monaten können Sie mit dem Lift in den 4. Stock fahren, wo Ihre Wohnung liegt. Und trotzdem sind Sie leicht schweißgebadet.

Die kleine Szenerie mag verdeutlichen, daß Frauen - denn sie sind es, die fast ausschließlich einkaufen - hier und anderswo nur mit dem Prinzip Hoffnung über die vielen Fallstricke der alltäglichen Stadtnutzung hinwegkommen. Frauen bilden die Mehrheit in dieser Stadt. Was aber weiß die Stadtplanung und Stadtpolitik von ihren Wünschen, Fragen, Anforderungen und Vorschlägen? Rücksichtsvoll geantwortet:

Wenig.

I. Es gilt immer noch als stadtplanerisches Credo, daß ein Eigenheim am Stadtrand das non plus Ultra des familienfreundlichen Wohnens ist. Karow zum Beispiel. Wohnen in Karow, die Tagesmutter in Schöneberg, Arbeiten in Mitte, der Kinderarzt in Kreuzberg und das alles mit öffentlichen Verkehrsmitteln: das allein ist schon von den Wegen her fast ein Teilzeitjob.

2. Scheidungen nehmen im Zeitalter der Beziehungskriege zu. Zurück bleiben alleinerziehende Mütter mit ihren Kindern. Der Anteil dieser Frauen steigt. Stadtplanung und Politik aber gehen in der Regel von der sogenannten intakten weiblichen Normalbiographie aus, obwohl es die heute immer seltener gibt. Und sie gehen von einem Leitbild der Funktionstrennung zwischen Arbeit, Wohnen, Verkehr und Freizeit aus, das sich längst als obsolet erwiesen hat.

3. Beginn und Dauer der traditionellen Lebensphasen haben sich verschoben. Es wird später geheiratet, es werden weniger Kinder später und kürzer hintereinander geboren, und diese verlassen früher den elterlichen Haushalt. Die Familienphase hat sich im Verhältnis zur Lebensdauer erheblich verkürzt.

4. Frauen haben weniger Zeit als Männer. Angesichts der enormen Ausdehnung der Großstadt Berlin ist Mobilität eine der wichtigsten Voraussetzungen für eine qualifizierte Erwerbstätigkeit. Aber die Mobilität der einen bremst die Mobilität der anderen. Den Männern das Auto, den Frauen das Fahrrad?

5. Berlin ist bereits jetzt die Hauptstadt der Single-Haushalte mit steigender Tendenz. Die Wohnungen in attraktiven Innenstadtgebieten sind auf eher zahlungskräftige Gruppen ausgerichtet, in denen Frauen unterrepräsentiert sind. Die Innenstadt den Männern, den Frauen der Stadtrand?

Die Frauen waren Jahrhunderte lang auf öffentlichen Plätzen präsent. Erst mit ihrer Einweisung ins bürgerliche Heim, ins Eigen-Heim entsteht ein neues Leitbild, das Frauen zunehmend auf das Haus beschränkt. Mit der Trennung von Wohnen und Arbeiten wird der öffentliche Raum zu dem des Mannes, das Private zum Raum der Frau. Er wird zuständig für Außenwelt, Beruf und Öffentlichkeit, sie für Heim, Haushalt, Familie. Männer draußen, Frauen drin, Männer bauen, Frauen wohnen, Männer produzieren, Frauen konsumieren, Männer sind Gehaltsempfänger und Frauen tun alles mit Herz und Gemüt, selbstverständlich aus Liebe und in unbezahlter Schattenarbeit.

## Thesen

Berlin bietet die historisch einmalige Chance, eine Stadt in Teilen neu zu planen, ihr ein Gesicht zu geben, aber die sogenannte Hauptstadtplanung findet bisher weitgehend unter Ausschluß von Frauen statt - weder als Planerinnen noch als Nutzer dieser Stadt werden sie ausreichend berücksichtigt.

These 1 - Familienfreundliches Wohnen heißt heute nicht mehr ein Eigenheim am Stadtrand, sondern wohnortnahe Arbeitsplätze, attraktive öffentliche Verkehrsanbindung, Versorgungsangebote im Wohnumfeld, kurz: eine Stadt der kurzen Wege.

These 2 - Der Flächennutzungsplan für Berlin ist immer noch weitgehend geprägt von Kriterien - Trennung von Wohn- und Gewerbegebieten - die eher die traditionellen Geschlechterverhältnisse durch die Polarisierung in City und Umland sozial räumlich festschreiben.

These 3 - Familienfreundliches Wohnen hieße heute flexible Wohnungsgrundrisse und Wohnverhältnisse, die Veränderungen in den Lebenssituationen mitmachen.

These 4 - Frauen sind in ihren Mobilitätschancen benachteiligt und nehmen häufig unterqualifizierte und schlechter bezahlte Arbeitsplätze in Kauf, um die Trias von Arbeit, Kind und Haus unter ein Dach zu kriegen. Eine *conditio sine qua non* gleichberechtigter Verhältnisse zwischen den Geschlechtern ist die Verbesserung der öffentlichen Verkehrsmittel, einschließlich der Berücksichtigung des besonderen Fahrgastes Frau: verbilligte Taxinutzung abends und nachts, Bis-vor-die-Tür-Service, Nachtbuslinien, einsehbare PKW-STellplätze - wir kennen alle die Stichworte, die im frauenpolitisch leicht steinzeitmäßig anmutenden Berlin immer wieder heruntergebetet werden können.

These 5 - Die Luxusmodernisierung gerade in attraktiven Innenstadtgebieten muß in vertretbaren Grenzen gehalten werden. Weibliche Haushaltsvorstände gelten bei Wohnungsbaugesellschaften und privaten Vermietern als

Mietausfall-Wagnis und als Mietunsicherheit.

These 6 - Frauen müssen ihre Angst vor öffentlichen Räumen überwinden und diese rückerobern. Sie müssen Phantasien entwickeln, wie sie öffentliche Plätze nutzen oder verändern können und sich ihre eigene Öffentlichkeit schaffen.

Stadt als Emanzipationsort für Frauen

**Prof.Dr. Hildegard Maria Nickel**

Humboldt-Universität Berlin Lehrstuhl für  
Familie, Jugend und  
Geschlechterverhältnisse

Hildegard Maria Nickel

## **Stadt als Emanzipationsort für Frauen**

**Referat für das 71. StadtForum: Stadt der Frauen 25.09.1998**

### Vorbemerkung:

Ich wähle bewußt eine Perspektive, die als einseitig bezeichnet werden kann. Aber weder verkenne ich damit die Probleme, die normalerweise in diesem Kontext zurecht aufgeworfen werden - viel mehr bin ich sicher, daß sie auch heute hier benannt werden - noch maße ich mir an, in 10 Minuten auch nur annähernd einigermaßen ausgewogen argumentieren zu können.

### **5 Thesen**

I. Diskussionen um die städtische Lebensqualität von Berlin für Frauen fokussieren zurecht den „weiblichen Lebenszusammenhang“, d. h. sie gehen davon aus, daß Frauen zwar zunehmend erwerbstätig sind, gleichwohl fest in traditionelle Lebensformen und -rollen eingebunden sind und nach wie vor die Hauptlast der Kindererziehung sowie der Organisation des familiären Alltagslebens tragen. Diese Diskussionen - so berechtigt sie sind - verkennen aber oft, daß es bereits zu gravierenderen Veränderungen im Lebenszusammenhang vieler Frauen gekommen ist. Diese Veränderungen interessieren mich in meinem Beitrag. Sie werden oft verkürzt als die „nachholende Individualisierung“ von Frauen beschrieben. Großstädte wie Berlin sind Ballungszentren alleinlebender Frauen, Berlin ist die Hauptstadt weiblicher Singles (Tagesspiegel vom 19.07.1998). In Zahlen heißt das: in Berlin gibt es insgesamt 46 % Ein-Personen-Haushalte, 49 % in Berlin-West und 41 % in Berlin-Ost; diese Ein-Personen-Haushalte sind überwiegend weiblich: 1996 waren es 55,5



% in Berlin-West und 52,1 % in Berlin-Ost. Rund 30 % der Ein-Personen-Haushalte sind unter 45 Jahre, rund 24 % zwischen 45 und 65 Jahre und nur ca. 48 % sind 65 Jahre oder älter. Alleinlebende berufstätige und arbeitslose Frauen bevölkern die Innenstadtbezirke: weibliche Angestellte, Wissenschaftlerinnen, Künstlerinnen, Kultur- und Sozialmanagerinnen, für die sich diese Lebensform z. T. ungewollt ergeben hat, die sich z. T. aber auch nicht nur bewußt für diese Lebensform entschieden haben, sondern auch für den Moloch Berlin.

2. Das Modell des „weiblichen Lebenszusammenhangs“ bzw. der weiblichen Normalbiographie hat seine Gültigkeit nicht gänzlich verloren. Es war und ist an einen spezifischen sozialräumlichen Zyklus gebunden. (Saegert 1980) Nach dem Auszug aus dem Elternhaus ziehen die jungen Frauen zunächst in kleine Wohnungen mit geringer Ausstattung und billiger Miete, allein, zu zweit oder in Wohngemeinschaften, inzwischen seltener in möblierte Zimmer. Alle diese Wohntypen befinden sich in der Regel in den Innenstädten, also in Altbauquartieren mit vielfältigen Nutzungen und großer Urbanität. Dort wohnen sie bis zur eigenen Familiengründung, d. h. bis zur Geburt des ersten Kindes, früher oder später folgt der Umzug „ins Grüne“, entweder in ein Eigenheim oder in eine Mietwohnung am Stadtrand. Das ist ein Trend, der auch für Berlin gilt und auf den andere Rednerinnen eingehen werden. Ich wähle die andere Perspektive und verweise auf einen anderen Trend. Das Heiratsverhalten ändert sich in Abhängigkeit vom Schulabschluß und von der Länge der Ausbildungsphase. Insbesondere Frauen mit höherem Bildungsabschluß verschieben die Heirat oder bleiben ledig. Seinen räumlichen Niederschlag findet dieser Trend in der Konzentration weiblicher Single-Haushalte in Universitätsstädten (Bertram/Bayer/Bauereiß 1993). Berlin ist damit nicht schlechthin die Hauptstadt der Alleinlebenden, sondern der vergleichsweise hoch gebildeten, vielfach akademisch qualifizierten weiblichen Singles. Die Veränderung im „weiblichen Lebenszusammenhang“ schlägt sich nicht allein in dem steigenden Heiratsalter nieder, vielmehr sinkt auch die Quote der Wiederverheiratung bei geschiedenen oder verwitweten Frauen mittleren und höheren Alters. Für Männer gilt dies nicht. In der Regel sind Frauen in diesem Alter finanziell abgesichert, die Kinder teils aus dem Haus, oder ein Kinderwunsch ist z. T.

nicht mehr realisierbar, z. T. war er gar nicht erst vorhanden. Dagegen wird von vielen Frauen die Gefahr gesehen, mit einer (Wieder)Verheiratung ihre Unabhängigkeit zu gefährden. Wie die Ende Zwanzigjährigen bilden auch diese Frauen eine größer werdende Gruppe mit neuen Ansprüchen an Wohnung, Wohnumgebung und Innenstadt.

3. Schließlich zählt zu diesen Veränderungsprozessen auch die „Doppel-Karriere-Beziehung“, in der für beide Partner der berufliche Aufstieg Priorität hat. „Doppel-Karriere-Beziehungen“ haben oft zwei räumlich getrennte Haushalte, weil die Chance für beide Partner, am gleichen Ort beruflich aufzusteigen, sehr gering ist. Oder weil sie Raum und Zeit für sich brauchen; Distanz, die in einer gemeinsamen Wohnung gefährdet zu sein scheint. „Zusammenziehen um jeden Preis - weil es sich so gehört, weil man sonst als alte Jungfer betrachtet würde - das habe eine Frau heute nicht mehr nötig“ (Tagesspiegel vom 19.07.1998). Es gehört zum Selbstverständnis vieler Frauen, eine eigene Wohnung zu haben, ein eigenes Leben zu führen, manche von ihnen halten sich für Pionierinnen der Frauenemanzipation, weil sie sagen können: Wenn es nicht der richtige Mann ist, nehme ich ihn nicht - berichtet ebenfalls der Tagesspiegel in seiner Recherche zu Berlin als Hauptstadt der Singles (Tagesspiegel vom 19.07.1998). Prognosen zeigen, daß es künftig mehr Paare geben wird, die nicht verheiratet zusammenleben, oder die verheiratet sind und getrennt leben, sie zeigen daß die „Verweiblichung“ der Haushaltsvorstände zunehmen und daß es einen weitaus häufigeren Wechsel zwischen verschiedenen Lebensformen im Verlauf eines Lebens geben wird. Auch diese flexiblen Lebensformen konzentrieren sich in großstädtischen Regionen.
4. Ein weiterer wichtiger Aspekt der Veränderung ist der Trend zur Polarisierung in der Einkommensentwicklung, der allgemein gilt, jedoch für die Einkommenssituation der berufstätigen Frauen in der Qualität neu ist. Es gibt in Berlin eine nicht kleine Gruppe von Frauen, die über ein gutes bis sehr gutes Einkommen verfügt. Sie legt im Vergleich zu gut verdienenden Männern mehr Wert auf eine qualitativ gute Wohnung. (Noller/Ronneberger 1995) Im Bundesdurchschnitt verfügen fast 40% der weiblichen Einpersonenhaushalte über drei und mehr Zimmer. Diese

Tatsache ist bislang allein auf Witwen zurückgeführt worden, die in ihrer alten Familienwohnung bleiben, doch es sind auch jüngere, alleinlebende und einkommensstarke Frauen, die diesen Anteil mittragen (Spiegel 1995). Diese Gruppe von Frauen dürfte auch neue Anforderungen an die innerstädtische Lebensqualität von Berlin stellen. Ich kenne zwar keine Untersuchungen, die darüber genauer Auskunft geben, aber es ist anzunehmen, daß es ihr weniger um die räumliche Nähe von Wohn- und Arbeitsort und um Kindertagesstätten in unmittelbarer Nachbarschaft geht, als um selbstbestimmte Partizipation am kulturellen Leben der Stadt, um eine stabile und der Qualifikation entsprechende Integration in den Arbeitsmarkt, um Entfaltungsmöglichkeiten im Beruf und um den gleichberechtigten Zugriff auf individualisierte Freizeitangebote: Sie müssen mobil sein, um urbane soziale Netzwerke knüpfen und pflegen zu können, daß dazu persönliche Sicherheit auf Parkflächen und in öffentlichen Verkehrsmitteln gehört, ist selbstverständlich und - wenn auch längst nicht realisiert - kaum der ausführlichen Darstellung wert. Wie das im B I ausgestrahlte Magazin „Single town Berlin“ zu berichten wußte, scheinen die 40 - 60jährigen weiblichen Professionals eine im städtischen Freizeitangebot stark vernachlässigte Gruppe zu sein. Und da gibt es die andere, zahlenmäßig weitaus größere Gruppe alleinlebender Frauen in Berlin: rund 12 % der Ein-Personen-Haushalte verfügen monatlich über weniger als 1000,00 DM, rund ein Drittel über 1000,00 DM bis 1800,00 DM. Bei dieser Polarisierung in der Einkommensstruktur sind sozial-räumliche „Entmischungen“, soziale Ausgrenzungen und der kumulative Effekt dieser Faktoren hinsichtlich eines dauerhaften Ausschlusses aus dem öffentlichen, kulturellen und sozialen Leben der Stadt vorprogrammiert. Berlin ist - wie das überhaupt für Großstädte gilt - ein Ort dieser riskanten Modernisierungs- und Individualisierungsprozesse. Eine Stadtplanung, die den „weiblichen Lebenszusammenhang“ in den Blick bekommt und sich darauf einstellt, wäre vermutlich um vieles „trauen-, familien- und kinderfreundlicher“, als das bisher zu konstatieren ist. Sie läuft aber zugleich auch Gefahr, „traditionell“ zu sein und das Muster der zweigeschlechtlichen Arbeitsteilung und Hierarchie auf höherer Stufe zu reproduzieren, mehr noch: an sozialrelevanten Problemen der Stadtentwicklung vorbeizugehen.

5. Ein Metropolentrend liegt darin, daß Männer und Frauen hier - trotz vieler Probleme - um manches gleicher sind als in anderen Regionen. Metropolen ermöglichen eher die Flucht aus traditionellen Zuschreibungen und Bindungen. Sie sind Orte von Sexualisierung und Ent-Sexualisierung, von Vergeschlechtlichung und Ent-Geschlechtlichung. Sie erlauben, der Weiblichkeit als einer „historischen Geschlechtskrankheit“ (Thürmer-Rohr) zu entfliehen. Das genau macht sie zum begehrten und oft teuer bezahlten Zufluchtsort jener Frauen, die sich einem „weiblichen Lebenszusammenhang“ bewußt zu verweigern suchen. Das Paris des ersten Viertels unseres Jahrhunderts war eine Frau - so Andrea Weiss in dem gleichnamigen Buch -, weil es Frauen wie Gertrude Stein, Colette, Djuna Barnes, Anne Porter und vielen anderen eine einzigartige Möglichkeit bot, sich „von den muffig-abgestandenen Regeln“, die für Frauen galten, zu verabschieden. Paris, oft als geheimnisvolle, verführerische Frau vorgestellt, als Mätresse und Muse für Generationen von männlichen Poeten ermöglichte Frauen, „traditionelle Männerprivilegien“ (Porter) an sich zu reißen und ein selbständiges, weniger konventionelles Leben zu führen. Es ist gut, daß Berlin auf ganz unspektakuläre Weise in diesem Sinne längst ebenfalls eine Frau ist; es wäre noch besser, wenn diese Entwicklung im Sinne der Emanzipation von Frauen bzw. der Emanzipation von Männern und Frauen aus traditionellen Geschlechterrollen stadtplanerisch befördert und abgestützt werden könnte. Politisch hieße das für mich, darauf zu achten, daß die Stadt auch jenen Rahmenbedingungen für Emanzipation bieten muß, die aus traditionellen Lebenszusammenhängen herausgelöst sind, ohne - aus Gründen, die sie selbst kaum beeinflussen können - sozial auf eigenen Füßen zu stehen.

Die Vorteile des städtischen Lebens

**Ulla Luther**

Staatsrätin im Senat für Bau, Verkehr und  
Stadtentwicklung, Bremen

Vortrag in Berlin am 25. September 1998 im Staatsratsgebäude  
auf der 71. Sitzung des Stadtforums

## **Die Vorteile des städtischen Lebens**

Meine sehr geehrten Herren und Damen,

die „Vorteile des städtischen Lebens“ soll ich Ihnen in den nächsten 20 Minuten darlegen. Auf was ich mich mit meiner Zusage eingelassen habe, wurde mir erst klar, als ich mich an die Vorbereitung für diesen heutigen Nachmittag machte. Ich möchte Ihnen in den nächsten 20 Minuten anhand von 10 Thesen die Vorteile städtischen Lebens darlegen bzw. verdeutlichen, und, wenn städtisches Leben gewollt wird - wie von mir vertreten - welche planerischen Anstrengungen unternommen werden müssen, um dieses zu erhalten bzw. zu erzeugen, wobei der Schwerpunkt meiner Thesen dem innerstädtischen Wohnen gewidmet ist, da das innerstädtische Wohnen Voraussetzung für städtisches Leben ist.

### **These 1: Stadtluft macht frei**

Was sind nun die Vorteile des städtischen Lebens? Für mich ganz persönlich sind sie evident, liegen auf der Hand, bedürfen keiner Erklärung, sind inzwischen selbstverständlich und lebensnotwendig geworden. Ich oute mich hiermit als begeisterte Städterin, liebe Großstadt als meinen persönlichen Lebensort, und wenn es mir möglich ist, dann lebe ich auch möglichst „mittendrin“. Ich habe es bis heute immer verstanden, in zentralster Lage eine Wohnung zu finden, es war mir wichtig und häufig auch die teure Miete wert. Der Pulsschlag der Großstadt, das morgendliche Erwachen der Stadtmusik ist mir Lebenselixier. Ich fühle mich in der Großstadt, wie Sie hören, wohl, kann eintauchen, ausprobieren, erfahren, kennenlernen, mich entziehen, kann frei leben - Stadtluft macht immer noch frei - ganz platt und scheinbar so banal. Aber wie mir insbesondere an diesem Ort noch einmal und wieder ganz besonders deutlich wird, so ist diese Aussage nach wie vor immer noch hoch aktuell, da Stadt immer wieder mit ihren Bewohnern Kräfte zum Widerstand mobilisieren und sich damit Recht auf Freiheit verschaffen kann.

Rückblickend auf nun doch schon 30 Jahre berufliche Praxis, sind diese geprägt von dem Interesse an dem Erhalt städtischer Strukturen und dem Engagement um die Weiterentwicklung eben dieser, nämlich der kompakten, gewachsenen Stadt, die unsere europäische Stadtkultur ausmacht. Die dichten Strukturen und die daraus erwachsenden Möglichkeiten freiheitlichen und selbstbestimmtes Leben in der Sicherheit von Gemeinschaft sind die Werte, um deren Erhalt es für mich dabei geht.

## **These 2: Städtisches Leben braucht Leitbilder**

Ein Thema, das momentan höchst kontrovers unter Fachleuten aus Theorie und Praxis diskutiert wird. Ausgehend von den nunmehr gebauten Beispielen Berlins, die dieser Zielvorstellung in ihren einzelnen Bauprojekten folgte, von der Friedrichstadt über Potsdamer Platz, Lehrter Bahnhof, Alexanderplatz, Wissenschaftsstadt Adlershof bis zu den neuen Vorstädten wird deutlich, dass die formalen Kriterien meiner Einschätzung nach dem Anspruch an eine Weiterentwicklung der kompakten Stadt europäischer Prägung entsprechen, dass jedoch die strukturellen Kriterien nicht bzw. noch nicht umfassend genug erfüllt wurden. Insbesondere die Nutzungsmischung in ihrer Körnigkeit in den innerstädtischen Projekten wie aber auch die Nutzungsmischung selbst in den Vorstädten als Voraussetzung für städtisches Leben sind nicht genügend berücksichtigt worden.

Michael Mönninger macht in seinem 1994 erschienenen Buch „Last exit downtown - Gefahr für die Stadt“ durch eine eindrückliche Situationsbeschreibung über die Zustände der Metropolen unserer Erde deutlich, dass Zentrum und Peripherie als Orte unterschiedlicher Prägung in den großen Metropolen unserer Erde verlorengehen, da sich der Stadtkörper mit seinen eindeutig lokalisierbaren Räumen bereits aufgelöst hat. Die Quintessenz dieser Aufzeichnung ist: „Am Ende dieses Jahrhunderts leben-wir in der Situation, dass wir unsere alte Stadtform verloren, aber noch keine akzeptable neue gefunden haben.“ Thomas Sieverts geht mit seiner Feststellung in seinem Buch „Zwischenstadt“ darüber hinaus. Seine These ist, ausgelöst durch den Konkurrenzkampf der Städte, dass die sogenannte

Zwischenstadt, eine eher netzförmig angelegte Struktur, die Zukunft der Stadt prägen wird. Also kein großes funktionales Zentrum - die historische Kernstadt -mehr, sondern zahlreiche, funktional und symbolisch unterschiedlich geprägte Zentren, die sich komplementär ergänzen und erst zusammengenommen die Stadt ausmachen. Er mahnt bei dieser Erkenntnis an, dass nicht alle Kraft und Anstrengung von Planung in Zentren passieren dürfe, sondern dass aus der peripheren Entwicklungen kein Wildwuchs entstehen darf, und gerade dort eine genauso engagierte Planung erforderlich ist.

Beide Stadtmodelle scheinen momentan unvereinbar nebeneinander zu stehen und werden inzwischen europaweit diskutiert.

Die Wurzeln für diesen Grundkonflikt liegen in den komplexen und widersprüchlichen Ansprüchen aktueller Stadtentwicklung an öffentliche Planung, die sich möglicherweise nicht mehr in ein einziges konstitutives Modell fassen lassen.

Die Widersprüche liegen auf der Hand, der Wunsch nach den Vorzügen städtischer Lebensweisen wie individuelle Freiheit, Mobilität, Vielfalt, Unabhängigkeit und die Erfüllung an Gemeinschaftsansprüche wie Auskommen, Unterkunft und Sicherheit für möglichst alle. Und dieses alles bei Sicherung der natürlichen Ressourcen als notwendiges Fundament der Stadtentwicklung. Freiheit, Gleichheit und Nachhaltigkeit als gesellschaftliche Grundwerte lassen sich wohlmöglich nicht in einem Stadtmodell verankern. Das Modell der kompakten Stadt wird daher als Kompromiß für innerstädtische Brachen und deren Neubebauung gedacht, aber nicht als

gesamtstädtisches Modell, wie es das momentan in Berlin entwickelte Planwerk Innenstadt vorsieht. Die restriktive Anwendung des kompakten Modells beschleunigt so die These ihrer Gegner, den Suburbanisierungstrend, Daher meint man, die gemäßigte Anwendung des Netzmodelles in der Peripherie wäre die Lösung, d.h. also, eine Strategie der Verwendung beider Modelle.

Obwohl ich diese Vorgehensweise eher als einen faulen, d.h. wenig erfolgversprechenden Kompromiß empfinde, da hierdurch der momentane Trend starker peripherer Entwicklung fortgeschrieben wird, so muß ich dennoch eingestehen, dass insbesondere bei den Projekten, die in meinerjetzigen Stadt - in Bremen - laufen, diese Entwicklung ebenfalls stattfindet, und trotzdem möchte ich dieser Strategie, der Anwendung beider Modelle, nicht folgen. Und zwar genährt aus dem Gedanken, dass möglicherweise die anfänglich erwähnten Steuerungsmöglichkeiten für die strukturelle Festlegung und deren Körnung innerhalb großer innerstädtischer Investitionsprojekte noch nicht ausreichend genug erfolgt sind, um zuvor kompaktere Entwicklungsmöglichkeiten als attraktive Alternativen zu entwickeln. Meines Erachtens ist insbesondere das innerstädtische Wohnen als Grundvoraussetzung für städtisches Leben nicht genügend in diesen Projekten berücksichtigt worden.

### **These 3: Wohnen im zentralen Bereich ist Voraussetzung für städtisches Leben, der momentane Trend ist gegenläufig.**

Angesichts der Dezentralisierungsbewegung ist sicherlich eine Neubewertung und Anerkennung der Stadt(Rand)wirklichkeit erforderlich, um sich diesem Entwicklungsphänomen nicht länger zu widersetzen. „Es muss trotz der tatsächlich gegebenen Möglichkeiten der Innentwicklung, ausgelöst durch brachliegende Industrie-, Bahn- und Kasernenflächen, eingestanden werden, dass gegen die tatsächlichen und vermeidlichen Vorteile des Eigenheimes im Grünen weder die Beschwörung Städtebaulicher Leitbilder noch realistischer Kalkulationen von Boden, Bau und Pendelkosten allzuviel ausrichten können - auch wenn das „eigene“ Häuschen am Stadtrand tatsächlich der Bank gehört und das Grün zwischen Maisfeldern, Straßen, Gewerbegebieten und Kläranlagen mittlerweile zur Restgröße geworden ist (Stefan Reiß-Schmidt)“.

Berlin ist seit 1989 ganz maßgeblich von dieser Bewegung betroffen, während Hamburg, München oder Frankfurt vergleichsweise diese Abwanderungsprozesse bereits erfahren haben. 1998 werden in Deutschland 160.000 Einfamilienhäuser entstehen, 20.000 mehr als letztes Jahr, im Gegensatz dazu werden 350.000 Wohneinheiten im Geschosswohnungsbau errichtet, 20 % weniger als letztes Jahr. Der Trend also ist ungebrochen und Politik ist momentan gezwungen, diesem zu folgen, um der Abwanderung vorrangig mittelstandsorientierter Familien zu begegnen. Dabei geht es weniger um die Steuerverluste ins Umland, darauf kann man sich möglicherweise einstellen. Es geht darum, dass wir die Träger städtischer

Kultur verlieren. Die mittelstandsorientierte Familie geht uns verloren, die im eigenen Haus im Grünen ihr Ideal verwirklicht sieht. Sie wenigstens im Stadtgebiet zu halten ist die Anstrengung der Einfamilienhausbebauung an der Peripherie. Bremen verliert jedes Jahr 3.000 Einwohner an das Umland, so dass die Stadtgemeinde ein



Förderprogramm „Bremer bauen in Bremen“ aufgelegt hat und damit vorrangig diesen Haustyp vorantreibt. Stefan Reiß-Schmidt beschreibt die entstehenden Häuser fast zynisch in ihrer Lage und architektonischen Gestaltung, da sie aus Kostengründen bis unter die Dachhaut ausgenutzt auf kleinsten Grundstücken an geordnet entstehen. Er spricht von störungsfreier Wohnruhe und heiler Welt zwischen Carport und Komposttonne.

#### **These 4: Mittelstandorientierte Frauen entscheiden über den Wohnstandort.**

Bau- und Kaufentscheidungen für Haus- und Wohnungseigentum an einem peripheren Standort fallen meistens in der Phase der Familiengründung, oder nach der Geburt des ersten Kindes. Frauen empfinden in dieser Situation die Gefahr von Stadt besonders stark, insbesondere die Straße als gefährlichen und ungesunden Aufenthaltsort für ihre Kinder. Aber auch die fehlenden Parkmöglichkeiten zum Ausladen des Eingekauften und die fehlenden Fahrstühle für Kinder- und Einkaufstransport in die oberen Etagen, da im allgemeinen ältere Wohnhaustypen mit fehlendem Komfort, allerdings mit den großen Wohnungen und dem entsprechenden Mietniveau ausgestattet, für jüngere Familien als Wohnort nachgefragt sind. Die Entscheidung wird zügig getroffen, und wie mir Bauträger anlässlich von Orts

besichtigungen bestätigten, sind es vorrangig junge Frauen, die die Entscheidung, nämlich an die Peripherie zu ziehen, treffen.

#### **These 5: Innerstädtische Wohnungen müssen sich deutlich in Qualität, Ausstattung, Lage und Dichte von den peripheren Angeboten unterscheiden, um eine attraktive Alternative zu sein.**

Die eben aufgezeigte Bewegung nach außen von mittelstandorientierten Familien ist nur die Spitze des Eisberges, denn diejenigen, die in der Stadt verbleiben, sind häufig ebenfalls von ähnlichen Gedanken getragen, wenn sie denn die finanziellen Möglichkeiten für einen Wegzug hätten. Insofern gibt es zwei Aufgabenfelder, um innerstädtisches Wohnen weiterhin zu attraktivieren: Die Modernisierung des Bestandes und der höchste Anspruch hinsichtlich Ausstattung und Lage bei Neubauprojekten.

Es genügt daher nicht, wie insbesondere in Berlin in der Zeit meines Hierseins diskutiert und durchgesetzt, prozentuale Wohnungsbauanteile in den innerstädtischen Gebieten der großen Neubauinvestitionen vorzugeben. Der Ansatz ist zwar richtig, aber Standort, Lage und Qualität, Erschließung und Größenordnung des Anteils sind maßgeblich für die zukünftige Zufriedenheit der Bewohner. Ich erinnere mich sehr wohl und gut an die schrittweisen und mühsamen Kämpfe mit Investoren und deren Architekten, gestützt von parteipolitischen Interessen, um die Einführung von Wohnungsbauanteilen in den Großprojekten der Innenstadt.

Der Potsdamer Platz war das erste Projekt, in dem ein 20 %iger Wohnungsbauanteil festgelegt wurde, der allerdings in Nachverhandlungen mit den Investoren erkämpft wurde, um dem Anspruch an ein lebendiges Stadtquartier zu entsprechen. Bei den

Projekten in der Friedrichstraße wurde mit zunehmender Erkenntnis, dass Wohnungsbauanteile eine notwendige Voraussetzung für die Belebung der Innenstadt sei, der Anteil von 5 % auf ca. 20 % nach und nach erhöht. Der absolute Durchbruch erfolgte am Projekt Alexanderplatz. Hier wurden 30 % Wohnungsbauanteile festgelegt. Ein Kampf, der sich zwischen zwei Politikern, den Senatoren Hasseiner und Nagel, abspielte, nicht zwischen Investoren, wobei erstaunlicherweise der Stadtentwicklungssenator die Forderung nach innerstädtischem Wohnungsbau für absurd erklärte, allerdings letztendlich unterlag, da der Bausenator für die Festlegungen im Bebauungsplan zuständig war. Hinter dieser Forderung von Senator Nagel stand natürlich das Leitbild der kompakten und komplexgenutzten Stadt. Ich würde heute sagen, daß Senator Nagel nicht ganz unmaßgeblich von unserer Abteilung fachlich beraten wurde, die für dieses Ideal eintrat. Danach war der Bann gebrochen. Am Lehrter Bahnhof war es unstrittig, 30 % Wohnungsbauanteile einzufordern.

Die Ergebnisse der heute gebauten Projekte wie aber auch die immer noch in der Planung befindlichen Projekte lassen erkennen, dass nur wenige von ihnen die wirklich notwendige Qualität für hochwertiges Wohnen in der Innenstadt zeigen. Voraussetzung für die Umsetzung ist die planerische Vorgabe der Stadtgemeinde, genauso wichtig ist aber auch das Verständnis, und das Wollen von Bauherren, Investoren und Architekten, diese Aufgabe als eine Herausforderung zu begreifen. Nicht der standardisierte Wohnungsgrundriss, abgeleitet aus dem sozialen Wohnungsbau oder aber die schlechtesten Standorte innerhalb der Gebiete sind für diese Nutzung zu akzeptieren, nein, ganz im Gegenteil, die besten Standorte und die qualitativ hochwertigsten Grundrisse sind in diesen zentralen Lagen gewünscht, um dem Anspruch zu genügen und vorbildhaft zu wirken. Ausserdem sollten Architekten und Investoren bei der zunehmenden Entwicklung von Grossprojekten Formen gemischter Nutzung horizontal gegliederter Strukturen entwickeln, um die Ansprüche an Ruhe, Sicherheit und Belichtung zu erfüllen.

Beispiele in Berlin zeigen durchaus gute Lösungen. So die Projekte von Max Dudler, Hilmer und Sattler und Kleinhues am Gendarmenmarkt und im Projekt Hofgarten wie aber auch das Projekt Wieland/Leibnizstraße von Hans Kollhoff. Alle diese genannten Projekte zeigen innerstädtische Wohnqualität im Kontext der gewachsenen Stadt ohne Anforderung an Sicherheit (Fußgängerzonen bzw. Platzbereiche und Innenhöfe), Gesundheit (autofreies Wohnen), Erschließung (Tiefgarage), Dienstleistung (Geschäfte im EG-Kita im Erdgeschoß) zu vernachlässigen.

### **These 6: Frauen entziehen sich städtischer Strukturen in Verantwortung um die Sicherheit und Gesundheit ihrer Kinder.**

Eine für Bremen 1995 durchgeführte GEWOS-Studie, die die Wanderung an die Peripherie bzw. ins Umland untersuchte, kommt zu dem Ergebnis, dass vorwiegend Paare und Kleinfamilien mittleren Alters wegziehen und dass die Gründe für den

Wegzug in der Belastung durch Lärm und Abgase, dem mangelnden sozialen Umfeld sowie den zu kleinen Wohnungen liegen. Gründe für den Wunsch nach dem eigenen Haus: die günstigen Mieten bzw. der Preis, die Ausstattung, die große Wohnung, die geringe Belastung durch Lärm und Abgase sowie der genügend vor

handene Parkraum. In Berlin liegen ca. 300.000 Wohnungen an Hauptverkehrsstraßen und von über 70 % der Bürger werden erhebliche Verkehrsbelastungen beklagt. Hier liegt sicherlich eine der maßgeblichen Ursachen für die Fluchtbewegung in die Peripherie. Stadt kommt nicht mehr zur Ruhe und Lärm macht ab einer bestimmten Größenordnung krank.

Insbesondere dieser Aspekt ist in der Verkehrsplanung zu berücksichtigen. Hier bedarf es unbedingt einer Umorientierung bzw. sorgfältigeren Planung.

In Bremen ressortiert Stadtplanung, Städtebau, Stadtentwicklung und Verkehrsplanung beim Bausenator, also in meinem Haus. Die tägliche Erfahrung in der Auseinandersetzung zwischen den Auffassungen von Stadtplanern und Verkehrsplanern um das Produkt „Stadt“ macht deutlich, dass dringend ein struktureller Wandel bereits in der Ausbildung erfolgen muss, um die Voraussetzungen zu schaffen, dass Stadtplaner und Verkehrsplaner die strukturellen, funktionalen und formalen Ansprüche an Stadt gemeinsam lösen. Aber nicht nur in der Lehre ist diese Forderung nach Gemeinsamkeit notwendig, sondern auch im täglichen Geschäft. Eine Aufgabe, die sich ausgesprochen schwierig gestaltet, wie sicherlich viele von Ihnen auch selbst schon erfahren haben. Ich betreibe diesen Prozess mit großer Anstrengung fast täglich. Fragen nach der Qualität der Straßen, ihrer Erscheinungsform und dem Nutzerprofil führen zu aufreibenden Auseinandersetzungen. Die Erfahrung lehrt mich, -dass noch immer die autoorientierte Verkehrsplanung Vorrang in den behördlichen Strukturen genießt und vor allem in den Köpfen dieser Disziplinen tief verankert ist.

### **These 7: Auch Kinder sollen die Vorteile städtischen Lebens kennenlernen.**

Eine Forderung, die auf der Hand liegt, wenn man selbstbewußte Bewohner, die die Stadt lieben und in ihr aufgewachsen sind, erziehen möchte. Erst dann können sie aktiv an städtischem Leben, an selbstbewußter Mitgestaltung und struktureller Entwicklung teilnehmen. Um diesen aktiven Stadtbürger erwachsen zu lassen, bedarf es der größeren Sorgfalt um die Kinder in unseren Städten und der von ihren Müttern eingeklagten Sicherheit im Umfeld,

Eine kürzliche Erfahrung anlässlich einer Unterrichtsstunde in der Oberstufe einer gutbürgerlichen Schule im Bremer Osten hat mir gezeigt, dass auch hier schon ein großer Aufklärungsbedarf besteht und notwendig ist.

Geprägt von ihrem Umfeld erklärten Schüler wie Schülerinnen, dass das Einfamilienhaus im Grünen, so wie sie es täglich erfahren, ihren Wohnwünschen entspricht. Die Innenstadt kennen sie kaum, erleben sie als Treffpunkt am Samstag und das Centro Oberhausen finden sie geil.

Sie können sich vorstellen, dass ich einigermaßen ernüchtert nach dieser Veranstaltung war. Neben der Tatsache, dass die Kinder die historische Stadt nicht interessiert, fanden sie auch die Stadt laut und unsicher. Vielleicht Klischees, die sie artikulierten, aber dennoch sind die Aussagen ernst zu nehmen, da sie Empfindungen wiedergeben und Prägungen darstellen.

## **These 8: Konkurrenzkampf der Städte untereinander und zwischen Stadt und Region führen zu ökologisch nicht mehr zu verantwortbaren Flächenverbräuchen.**

Die Entwicklung des Flächenverbrauches insbesondere in den westlichen Entwicklungszonen Europas erfolgt ungezügelt, trotz der vorhandenen Planungsinstrumentarien und der Erkenntnis um die notwendige Nachhaltigkeit in der Planung. Agenda 21 und ihre Anwendung sollen nur als Stichwort genannt werden, und doch scheint mir, daß der Flächenverbrauch ungezügelter als je zuvor erfolgt, vorrangig getrieben von dem Konkurrenzgedanken und dem Erhalt der Steuerzahler.

Nach Abschätzung von Matthias Wackernagel und William Rees (Unser ökologischer Fußabdruck, Berlin/Basel 1997) nimmt ein Durchschnittsdeutscher für Nahrung, Wohnung, Kleidung, Urlaub, Energie und die zugehörigen Herstellungsprozesse gut 4 ha Land in Anspruch. Bei gut 80 Mio. Deutschen sind das 3,2 Mio. qkm. Deutschland hat aber nur 357.000 qkm. Auch wenn in der Abschätzung einige

Übertreibungen liegen, so ist Deutschland nach Massgabe des obenaufgezeigten Verbrauchs total überbevölkert. Allein diese Zahlen sind Anlass genug, Flächenverbrauch auf ein Minimum zu reduzieren und um dem Leitbild der kompakten Stadt zu folgen,

Die zunehmende Zersiedelung erlaubt kaum mehr Schienennahverkehr, die Suburbanität braucht die traditionelle Stadt nicht mehr, weil der Bewohner die Angebote für die Lebensgestaltung in einem Konglomerat von Gewerbe-, Einkaufs- und Freizeitparks vorfindet; Wir sind möglicherweise auch auf dem Weg nach Los Angeles, einer Stadt, die um die Jahrhundertwende eine Straßen- und Eisenbahnstadt war und durch 50 Jahre Stadtplanung autogerecht umgebaut wurde. Unseren Städten wird ähnliches prophezeit, sofern nicht mit aller Macht an dem von mir programmierten Leitbild gearbeitet wird, indem neben allen anderen Planungen von Investoren auch das innerstädtische Wohnen oder das Wohnen in verdichteten Formen in gemischten Strukturen ermöglicht wird. Erst durch diese Stadtstrukturen wird öffentlicher Nahverkehr möglich und letztendlich die Entlastung der Stadt von Autolärm und Abgasen möglich.

Bremen entwickelte sich von einer „Bandstadt“, die ursprünglich fast nur auf die „Entwicklungssachse“ längs der Weser ausgerichtet war, immer mehr zu einer Stadt mit einer zweiten Achse (Delmenhorst-Bremen-Mitte-Lilienthal).

Noch bis zum 2. Weltkrieg besaß Bremen als Bandstadt eine höchst effiziente Grundstruktur:

- Zone der Arbeit und des Transports am Fluß,
- daran sich angliedernde Wohngebiete mit direkt anschließenden Kleingartengebieten und weiten Grünlandbereichen.

Nach dem Krieg und gerade in jüngster Zeit verlor sich diese klare Zuordnung der Nutzungen und damit die kurzen Wege.

Die Flächeninanspruchnahme pro Einwohner und Arbeitsplatz in Bremen für Straßen oder städtische Gesamtfläche ist vergleichsweise hoch.

Vergleicht man die Situation 1957 mit den aktuellen Zahlen, so wird deutlich, wie stark sich „Siedlungswachstum“ und „Bevölkerungswachstum“ entkoppelt haben. Bei nahezu gleichbleibender Einwohner- und Erwerbstätigenzahlen ist die Siedlungsfläche in den letzten 40 Jahren um ca. ein Drittel gewachsen, die Gewerbefläche hat sich sogar mehr als verdoppelt.

Dem Landschaftsverbrauch im Außenbereich steht ein Bruchfall von Grundstücken im Innenbereich gegenüber. Damit wird langfristig möglicherweise nahezu die Hälfte des Gewerbeflächenneubedarfs durch Flächenrevitalisierung in der Innenentwicklung gedeckt werden können.

### **These 9: Wohnen in der Stadt - Chancen für neue Dienstleistungsmärkte**

1. Frauen stellen sehr bewusst möglicherweise ihre Emanzipation in Verantwortung um das Wohlergehen ihrer Kinder zurück. Denn - so meine Behauptung - ein ausschließlich auf Kinder ausgerichtetes Leben führt nicht unbedingt zu einer selbstbestimmten Persönlichkeit in voller Verantwortung für das zukünftige eigene Leben. Zumal außerdem dieses Glück häufig kurzlebig ist, da immer deutlicher wird, dass Frauen auch bei einem gemeinsamen Ehestart später alleinerziehende Mütter werden. Innerhalb von nur sechs Jahren nahm die Zahl der alleinerziehenden Mütter in ganz Deutschland um 220.000 zu, so dass 1996 1,45 Mio. Mütter mit 2,0 Mio. Kindern gibt. Will Stadtplanung diese Bedürfnisse von Frauen und insbesondere Müttern erfüllen, so ist in viel größerem Maße Sorgfalt auf Sicherheit und Gesundheit im innerstädtischen Wohnumfeld zu legen.
2. Angesichts dieser Entwicklung liegt ein Thema auf der Hand, das der Dienstleistungsmärkte; denn Menschen, die in einer bestimmten Dichte wohnen, machen ökonomische ertragreiche Betätigungen im Dienstleistungsbereich möglich, wie die alten gewachsenen Stadtstrukturen zeigen, dieses gilt auch heute noch.
3. Tagesmütter, bei denen berufstätige Alleinerziehende ihre Kinder zum Aufziehen abgeben oder die ins Haus kommen, sind heute das größte Familiendienstleistungsgewerbe in Deutschland. Eine Aussage, die ich kürzlich im Zusammenhang mit einem Artikel über die Situation alleinerziehender Frauen gefunden habe.

Ich bin keine Spezialistin auf diesem Gebiet, meine aber, dass auch hier neue Wege möglich sind und Berufschancen liegen, die innerstädtisches Wohnen attraktiv machen, da Frauen - insbesondere jungen Müttern - Möglichkeiten für berufliche Tätigkeiten eröffnet werden unter gleichzeitiger Teilhabe an allen Lebensbereichen.

## **These 10: Frauen bestimmen immer stärker die städtische Entwicklung.**

In der Zeit meiner Tätigkeit in Berlin wurde Stadtplanung, Städtebau, Architektur und Freiraumplanung maßgeblich von Frauen gesteuert und, soweit ich Einblick habe, trifft dies heute auch immer noch zu; so wurden z.B. bezirkliche Stadtplanungsämter von Frauen geführt wie von Beate Profée in Charlottenburg, von Dorothee Dubrau anfänglich in Mitte, dann in Prenzlauer Berg, von Karin Baumert in Mitte, von Erika Romberg in Kreuzberg und Claudia Nier in Pankow. Die Baubehörde wurde gleichzeitig in den entscheidenden Gestaltungsfragen von Barbara Jakubeit (Senatsbaudirektorin) und Barbara Hoiden (Leiterin der Architekturwerkstatt) geführt. Analie Schön wirkte als Hauptstadtreferentin und Karin Nottmeyer war für Kunst am Bau, Kunst im Stadtraum zuständig, und Baupolitikerinnen wie Elisabeth Ziemer und Ida Schillen im Abgeordnetenhaus, und mit Staatssekretärin Thoben aus Bonn gibt es die höchste Staatsbeamtin, die die Geschicke der Hauptstadtplanung steuert. Eine Vielzahl von Architektinnen wirkten am Baugeschehen mit. wie z.B. Johanne Naibach, Carola Schäfers, Hannelore Deubzner, Charlotte Frank, Inken Ballerund, und, und.. Freiraumplanung wurde ganz maßgeblich von Frauen bestimmt, wie von Ursula Renker in der Umweltbehörde und Hannelore Kossei, Cornelia Müller, Gabi Kiefer, Undine Gieseke und Birgit Hammer als freiberuflich tätige Planerinnen. Und doch kann ich nicht erkennen, dass wir eine neue oder andere Qualität von städtischer Leitbilddiskussion entwickelten und dass Berlin sich bei diesen Möglichkeiten weiblich bestimmter Einflußnahme anders entwickelte. Ich weiß, dass ich jetzt möglicherweise eine Tretmine auslöse, aber ich wüsste nicht, dass sich innerhalb der Diskussionen um die Entwicklung der Stadt eigene vom weiblichen Alltag, getragen von dem Anspruch an eine emanzipatorische Lebensform geprägte Stadtplanung, mit eigenen Visionen und Leitbildvorstellungen entwickelt wurden. Aber vielleicht ist es mir nur entgangen. Auf jeden Fall sind die Chancen der Einflussnahme von Frauen auf ihre Stadt groß, und ich persönlich habe mich, glaube ich, dieser Aufgabe nie entzogen, habe sie für mich eingefordert, ausgelöst durch meine eigenen Lebenserfahrungen und ich werde mich daher auch weiterhin für das Leitbild der kompakten Stadt basierend auf der europäischen Stadtkultur einsetzen, da dieses Leitbild zu emanzipatorischen Lebensformen führt.

## 5. Zeitprobleme und erste Maßnahmen im Bereich Kinderbetreuung

Die Hamburger Untersuchung bestätigt, daß qualitativ hochwertige Kinderbetreuungsmöglichkeiten für berufstätige Frauen von zentraler Bedeutung sind. Für sie ist wichtig, daß Öffnungszeiten und Standorte der Einrichtungen in ihre Zeit- und Wegestrukturen passen. Oft sind Frauen gezwungen, eine nicht ihrer Qualifikation entsprechende Arbeit anzunehmen, nur weil sie in der Nähe der Wohnung liegt und damit Zeitprobleme entschärft.

Die meisten Frauen passen sich den „normalen“ Zeitanforderungen an. Sie ordnen ihre Berufstätigkeit den räumlichen und zeitlichen Rahmenbedingungen unter. Im Ergebnis geraten sie in unvorhersehbaren „Notsituationen“ unter verstärkten Zeitdruck. Als Hauptdefizit haben die befragten Mütter das Nichtvorhandensein flexibler Betreuungsangebote z.B. bei Krankheit der Mutter oder des Kindes, während der Schulferien oder an einem Elternabend genannt. In diesen Situationen entstehen größte physische und psychische Belastungen (Streßsituationen).

- 90 % der in den Kinderbetreuungseinrichtungen befragten Mütter sind berufstätig und dementsprechend zeitlich besonders belastet. In Notfällen (z.B. bei Krankheit) sind sie gezwungen, sich zu „arrangieren“. Etwa 80% bleiben in diesen Fällen zu Hause.
- Die befragten Mütter wünschen sich verlängerte bzw. ergänzende Öffnungszeiten (an Werktagen bis 19:00 Uhr und an Samstagen von 09:00 Uhr bis 13:00 Uhr).

Neben den starren Öffnungszeiten ist die Versorgung der Kinder mit Mittagessen ein erheblicher Belastungsfaktor für berufstätige Mütter. Die Essenszubereitung in der Mittagszeit hindert sie daran, einer existenzsichernden Erwerbstätigkeit nachzugehen.

Kommunale, aber auch privatgewerbliche Dienstleistungsangebote weisen nicht selten Qualitätsmängel auf; sie sind typisch für den stetig wachsenden Markt persönlicher Dienste. Insbesondere berufstätige Frauen engagieren immer häufiger Haushaltshilfen. Dieser Trend ist eine fast zwingende Konsequenz der steigenden Frauenerwerbsquote und der Verknappung der Zeit. Zentrales Problem derartiger Dienstleistungen ist die auch bei hoher Entlohnung intensive Personalfuktuation. Vor allem junge qualifizierte Frauen nehmen solche Tätigkeiten oft nur vorübergehend an. Bei sich veränderndem Arbeitsmarkt finden sie neue Chancen und Aufstiegsmöglichkeiten. Sobald sie in andere Berufe abwandern, müssen berufstätige Eltern plötzlich auftretende Lücken füllen. Sie jonglieren mit Provisorien, die weder für die Kinder noch für das eigene Wohlbefinden förderlich sind. Arbeitnehmer spüren zusätzlich zu den Folgen der Krankheiten ihrer Kinder auch die Konsequenzen der Erkrankungen oder Ausfälle von Tagesmüttern.

Um diesen strukturellen Zeitstreß der Frauen abzubauen, werden **z.Z.** im Hamburger Modellprojekt erste Veränderungsmaßnahmen im Kinderbetreuungsbereich vorbereitet:

- Kinderbetreuungseinrichtungen in Barmbek-Uhlenhorst stellen Räumlichkeiten und Essen für einen Mittagstisch zur Verfügung. Zielgruppe sind Kinder berufstätiger Mütter aus benachbarten Grundschulen. Der Mittagstisch soll von Montag bis Freitag angeboten werden. Die Kinder werden für zwei bis drei Stunden betreut; unterstützt durch ehrenamtliche bzw. semiprofessionelle Hilfen. Längerfristig werden Überlegungen angestellt, in diesem Zusammenhang neue Arbeitsplätze für Mütter aus dem Stadtteil zu schaffen.
- Es gibt erste Ansätze, neben festen auch flexible, mit den Müttern abgestimmte Betreuungszeiten anzubieten. Im Rahmen der Idee „Orte für Kinder“ ist vorgesehen, daß Kinder innerhalb der festgelegten Öffnungszeiten von 07:00 Uhr bis 19:00 Uhr z.B. auch nur stundenweise und/oder nur an verschiedenen Wochentagen in die Einrichtungen gebracht werden können. Das Alter der Kinder kann zwischen 18 Monaten und 12 Jahren liegen. Die Verantwortung für die flexiblen Betreuungszeiten soll unter den beteiligten Müttern abwechseln.
- Zur Zeit werden in vier Barmbek-Uhlenhorster Schulen konkrete Schritte eingeleitet, um einen Mittagstisch für die Schüler der jeweiligen Schule anzubieten (multifunktionale Nutzung von z.B. Pausenhallen, Turnhallen u.a.). Auch hier soll die Betreuung ehrenamtlich bzw. semiprofessionell organisiert werden.
- Gegenwärtig finden verschiedene Gespräche und Recherchen statt, um die neuen verlängerten bzw. ergänzten Kinderbetreuungszeiten umzusetzen. Unter anderem wird in Erwägung gezogen, an Samstagen auch auf die Hilfe von Vätern zurückzugreifen.

## **6. Zeitprobleme und erste Maßnahmen im Bereich Arztpraxen**

Die täglichen Aktionsfelder der Frauen werden durch eine Vielzahl von Faktoren bestimmt. Frauen müssen als wahre Zeitmanagerinnen agieren. Durch die in verschiedenen Einrichtungen auf feste Zeitblöcke fixierten Zugangsbeschränkungen entstehen für die Nutzerinnen erhebliche zeitliche Reibungsverluste, die Anpassungen des eigenen Lebens- und Tagesrhythmus an fremde Zeitvorgaben erzwingen. So haben die Frauen z.B. beklagt, daß die Sprechstunden der Arzt- und Zahnarztpraxen parallel zu den Arbeits- und Kinderbetreuungszeiten berufstätiger Mütter liegen. Bisher waren die Arztpraxen im Untersuchungsgebiet von 09:00 Uhr bis 17:00 Uhr oder 18:00 Uhr (teilweise mit einer Mittagspause von 12:00 bis 15:00 Uhr) geöffnet. Um Arzttermine unabhängig von der Arbeit, ohne Kinder oder zusammen mit den Kindern wahrnehmen zu können, werden zusätzliche Sprechzeiten gewünscht (montags bis freitags: morgens von 06:00 Uhr bis 09:00 Uhr und abends von 18:00 Uhr bis 20:00 Uhr sowie ergänzend Samstag vormittag). Die Sprechzeiten der Arztpraxen sollten sich an den Öffnungszeiten im Einzelhandel orientieren. Viele Frauen verweisen darauf, daß die Kinderbetreuung während der genannten Zeiten meist durch den Partner oder andere Erwachsene gewährleistet ist, so daß Arzttermine streßfreier wahrgenommen werden könnten.



Vor dem Hintergrund der Untersuchungsergebnisse wurden Arzt- und Zahnarztpraxen in Barmbek-Uhlenhorst motiviert, ihre Öffnungszeiten für einen begrenzten Zeitraum frauenfreundlich zu verändern. Insgesamt haben sich 16 Arztpraxen mit 34 Ärzten und Ärztinnen bereit erklärt, mit neuen Praxisöffnungszeiten am Modellprojekt teilzunehmen. Sie decken folgende Fachrichtungen ab: Allgemeinmedizin, Internisten und Internistinnen, praktische Ärzte und Ärztinnen, Zahnheilkunde, Kinderheilkunde, Frauenheilkunde und Augenheilkunde. Die teilnehmenden Praxen verteilen sich auf den gesamten Ortsamtsbereich. Die neuen Zeitregelungen orientieren sich an den in der Repräsentativbefragung genannten „Wunschzeiten“. Es werden Sprechzeiten oder Terminvereinbarungen an unterschiedlichen Wochentagen zwischen 07:00 Uhr und 09:00 Uhr bzw. zwischen 18:00 Uhr bis 20:00 Uhr und zusätzlich am Samstag vormittag angeboten.

## **7. Zeitprobleme und erste Maßnahmen im Bereich Ämter**

Die Öffnungszeiten der Barmbek-Uhlenhorster Ämter sind kaum bekannt. Ein Grund dafür liegt in der Tatsache, daß Behördengänge für den Großteil der Befragten relativ selten notwendig sind (durchschnittlich nur ein- bis dreimal pro Jahr) und sich die jeweiligen Öffnungszeiten deshalb kaum einprägen. Außerdem sind die Dienststellen des Ortsamtes Barmbek-Uhlenhorst auf verschiedene Gebäude verteilt und zu unterschiedlichen Zeiten geöffnet. Den Bürgerinnen und Bürgern fehlt die Transparenz, welches Amt wo zu finden ist und wann es aufgesucht werden kann.

- Es ist beabsichtigt, die Öffnungszeiten der Publikumsdienststellen zu verändern. Einbezogen werden die Abschnitte für Melde-, Paß- und Ausweisangelegenheiten sowie Wohngeld- und Unterhaltsicherungsanträge, „§-5-Heime“ und Fundsachen, das Standesamt, das Jugendamt und die Wirtschafts- und Ordnungsabteilungen. Im einzelnen sind folgende Neuregelungen vorgesehen:
  - Einheitliche Öffnungstage mit Kernsprechzeiten,
  - einheitliche Kernsprechzeiten,
  - Frühsprechzeit für Melde-, Paß- und Ausweisangelegenheiten,
  - Spätsprechzeit für Melde-, Paß- und Ausweisangelegenheiten, Wohngeld- und Unterhaltsicherungsangelegenheiten sowie „§-5-Heime“ und Fundsachen.
  - Darüber hinaus soll grundsätzlich die Möglichkeit bestehen, Einzeltermine an allen Wochentagen zu vereinbaren.
- Zur verstärkten Kundenorientierung wird ein Informationsblatt erstellt, das folgende Hinweise enthält: Lageskizzen der Dienststellen und Abteilungen, Telefonnummern der Ansprechpartnerin-

nen und Ansprechpartner, Öffnungszeiten, Checkliste der Unterlagen, die für die häufigsten Vorgänge benötigt werden, und Auflistung der Vorgänge, die schriftlich erledigt werden können.

## **8. Schlußbemerkung**

Zeitliche Flexibilisierung öffentlicher und privater Einrichtungen ist nutzerinnenfreundlich. In einer Übergangszeit, vor allem wenn sich veränderte Zeitstrukturen nur auf Teilbereiche beziehen<sup>2</sup>, kann sie aber auch zu Problemen führen. Z.B. können Frauen, die im Dienstleistungsbereich arbeiten, zusätzlich belasten werden. Damit würde die als Entlastung geplante Flexibilisierung für sie zur Belastung. Diese Zusammenhänge werden im Rahmen des Hamburger Forschungsprojektes ausdrücklich Berücksichtigung finden.

Wenn flexiblere Zeitangebote weiterverbreitet sind, besteht eher die Möglichkeit, daß die erwerbstätigen Frauen Arbeitszeiten wählen können, die zu ihrer individuellen Lebenssituation passen.

# **empinca**

Qualitative Marktforschung, Struktur-und  
Stadtforschung GmbH

Kaisersir. 29  
53113 Bonn

## **Stadt für Frauen**

### **Emanzipationschancen in der Metropole 71. Sitzung Stadtforum**

25. September 1998, Berlin

Ansprechpartner:

Dr. Marie-Therese Krings-Heckemeier

Bonn, September 1998

Hamburg- Projekt: „Zeiten der Stadt“	ca
E-> 1996/97 „Zeitprojekt“ in Barmbek-Uhlenhorst	
^	
.	
> Zeitbedürfnisse/-probleme berufstätiger Mütter	
i/ • <sup>v</sup>	
C-> Zeitstrukturen	
●●●● <sup>1</sup> “	
,—^ Ziel: Zeitangebote der Stadt an Bedürfnisse der ^ berufstätigen Mütter anpassen	
empiri	

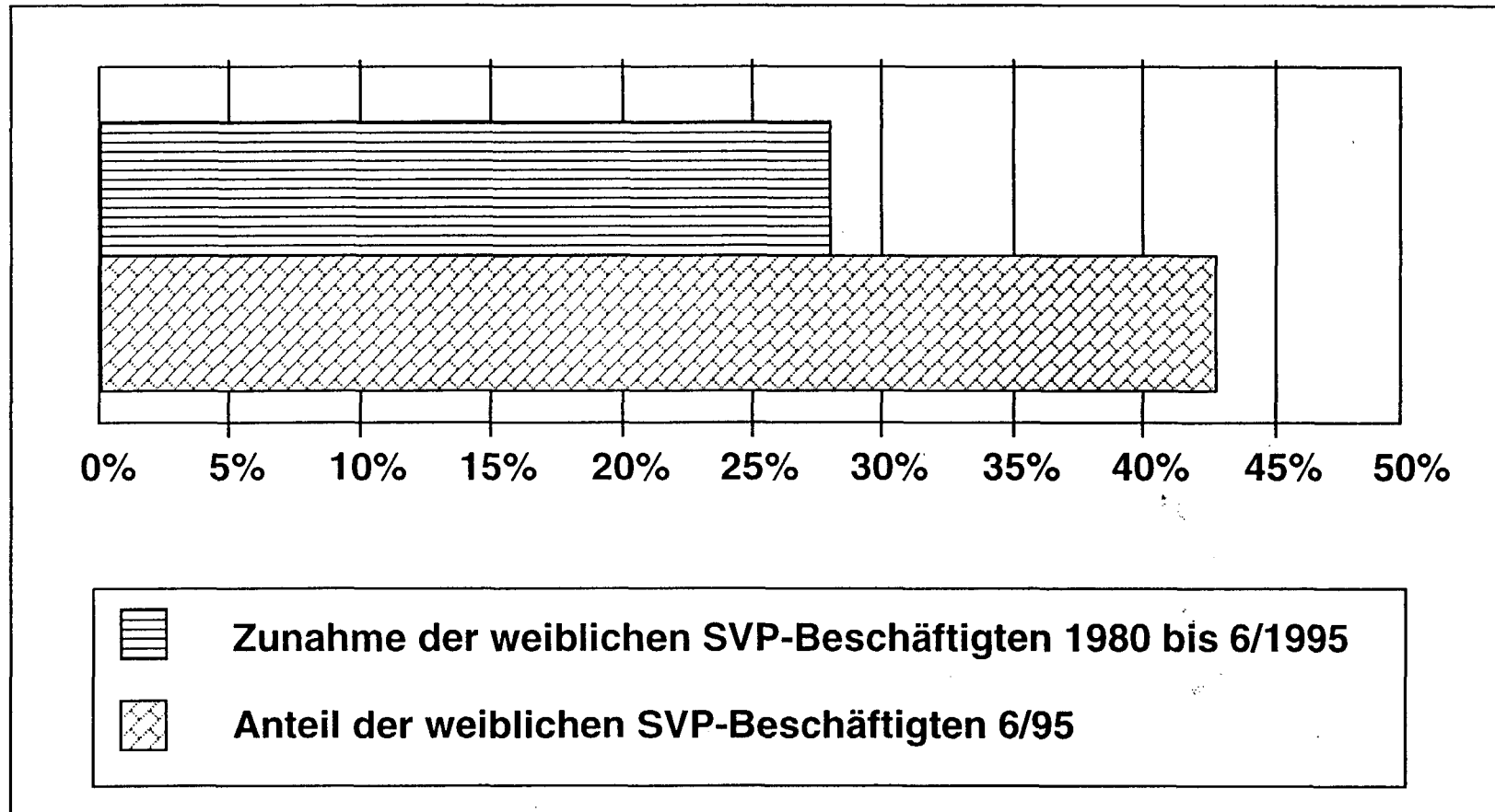
# ZEITSTRUKTUREN IM UMBRUCH - DIMENSIONEN DER UNGLEICHHEIT

Trend einer allgemeinen Verknappung der Zeit •  
Zeitarmer versus Zeitreiche

Ungleichheiten durch relative Verschiebungen, vor allem für erwerbstätige Frauen unter städtischen Lebensbedingungen

- Steigende Erwerbsquote der Frauen
- Steigende Zahl der Mütter, die berufstätig bleiben (wollen)
- Traditionelle Lebensformen und Rollen für berufstätige Mütter

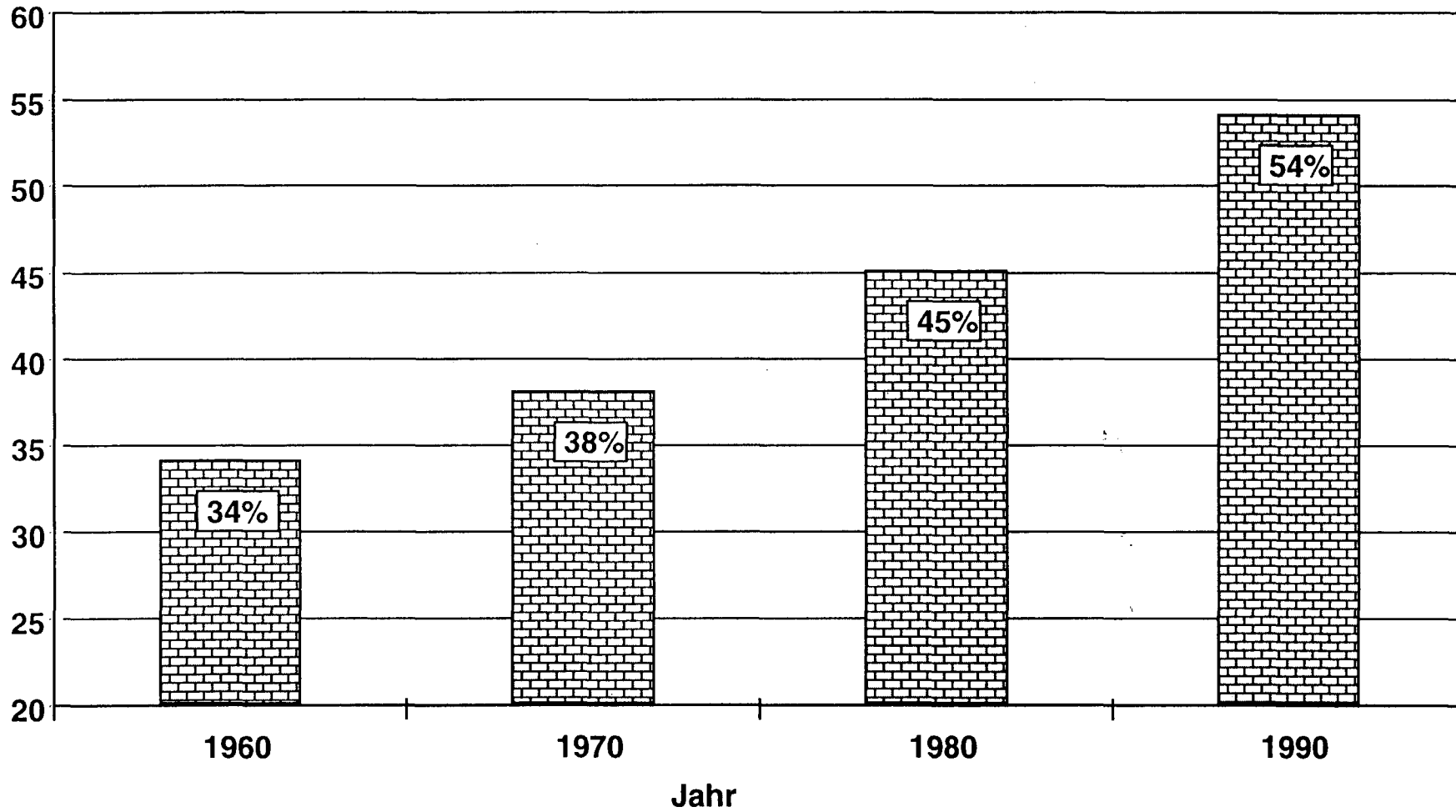
# ENTWICKLUNG DER SOZIALVERSICHERUNGSPFLICHTIG BESCHÄFTIGTEN FRAUEN (alte Länder \*)



\* Für die neuen Länder liegen entsprechende Werte nicht vor.

# Erwerbsquote der 15-65jährigen verheirateten Frauen (alte Länder)

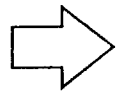
Erwerbsquote in %



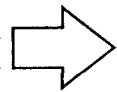
Quelle: Franz 1993

empirica

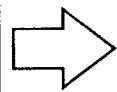
# ERWERBSTÄTIGKEIT DER FRAUEN IN BERLIN



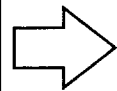
**Ostberlin: 47% aller Erwerbstätigen sind Frauen**



**Westberlin: 45% aller Erwerbstätigen sind Frauen**



**Ostberlin: Erwerbsquote bei den 30- bis 55jährigen Frauen höher als bei den gleichaltrigen Männer**



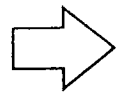
**Westberlin: Steigende Erwerbsbeteiligung in den 90er Jahren bei Frauen**

Quelle: Berliner Arbeitsmarktbericht 1997/98, Senatsverwaltung für Arbeit, berufliche Bildung und Frauen.

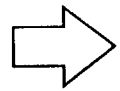
empirica



# ZUNAHME DER ERWERBSQUOTE DER FRAUEN



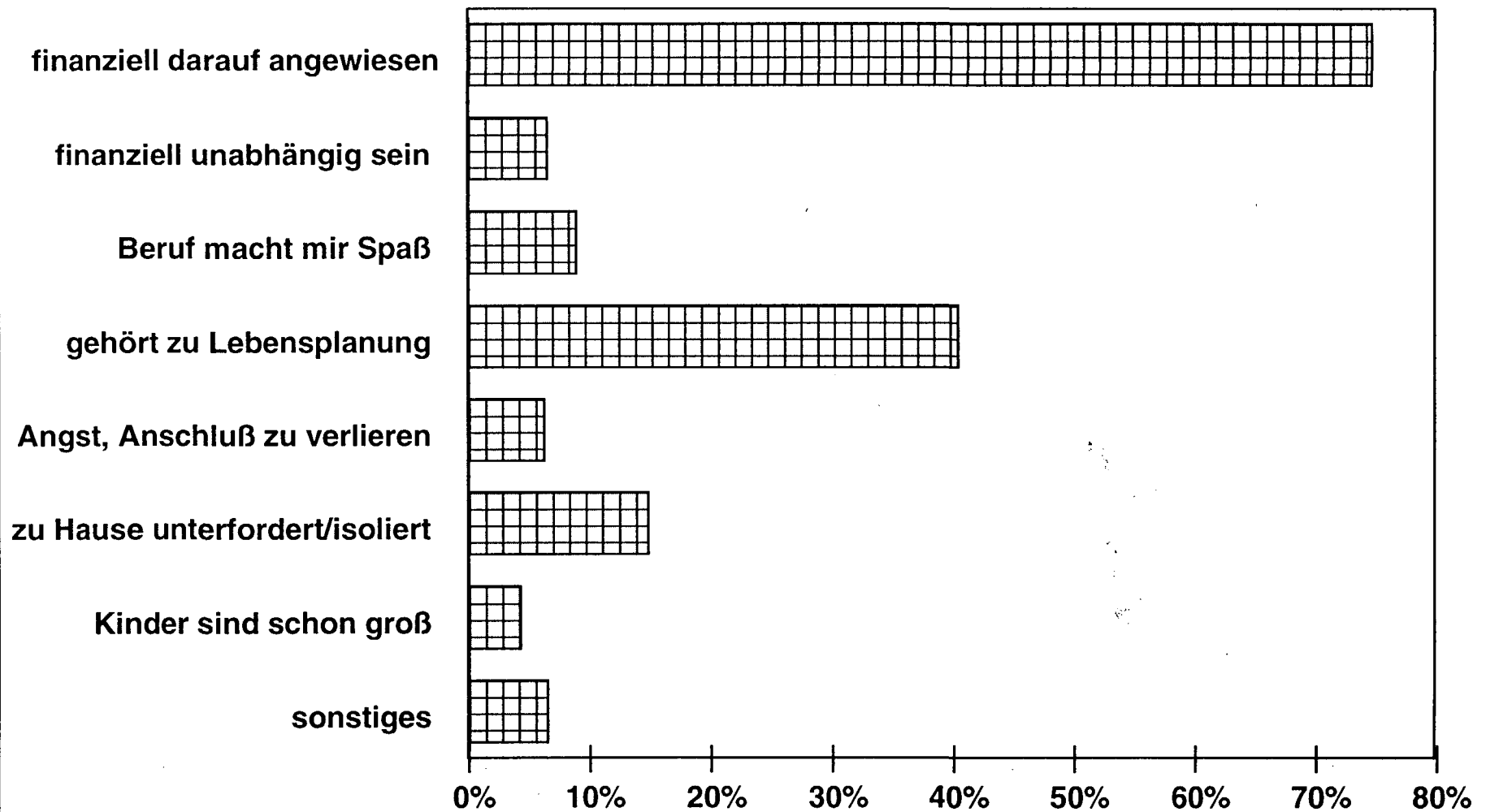
**1941/45 geborene Frauen: Erwerbsquote 50% in der familienzentrierten Phase (25 bis 39 Jahre)**



**1961/65 geborene Frauen: Erwerbsquote 70% in der familienzentrierten Phase (25 bis 39 Jahre)**

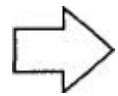
# Welches sind die wichtigsten Gründe für Ihre Berufstätigkeit?

(Mehrfachnennungen enthalten)

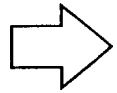


Quelle: Repräsentative Befragung in Hamburg, Barmbek-Uhlenhorst, 1996

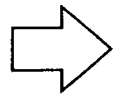
empirica



60 % der berufstätigen Mütter bleiben in den Schul-/  
Kindergartenferien zu Hause



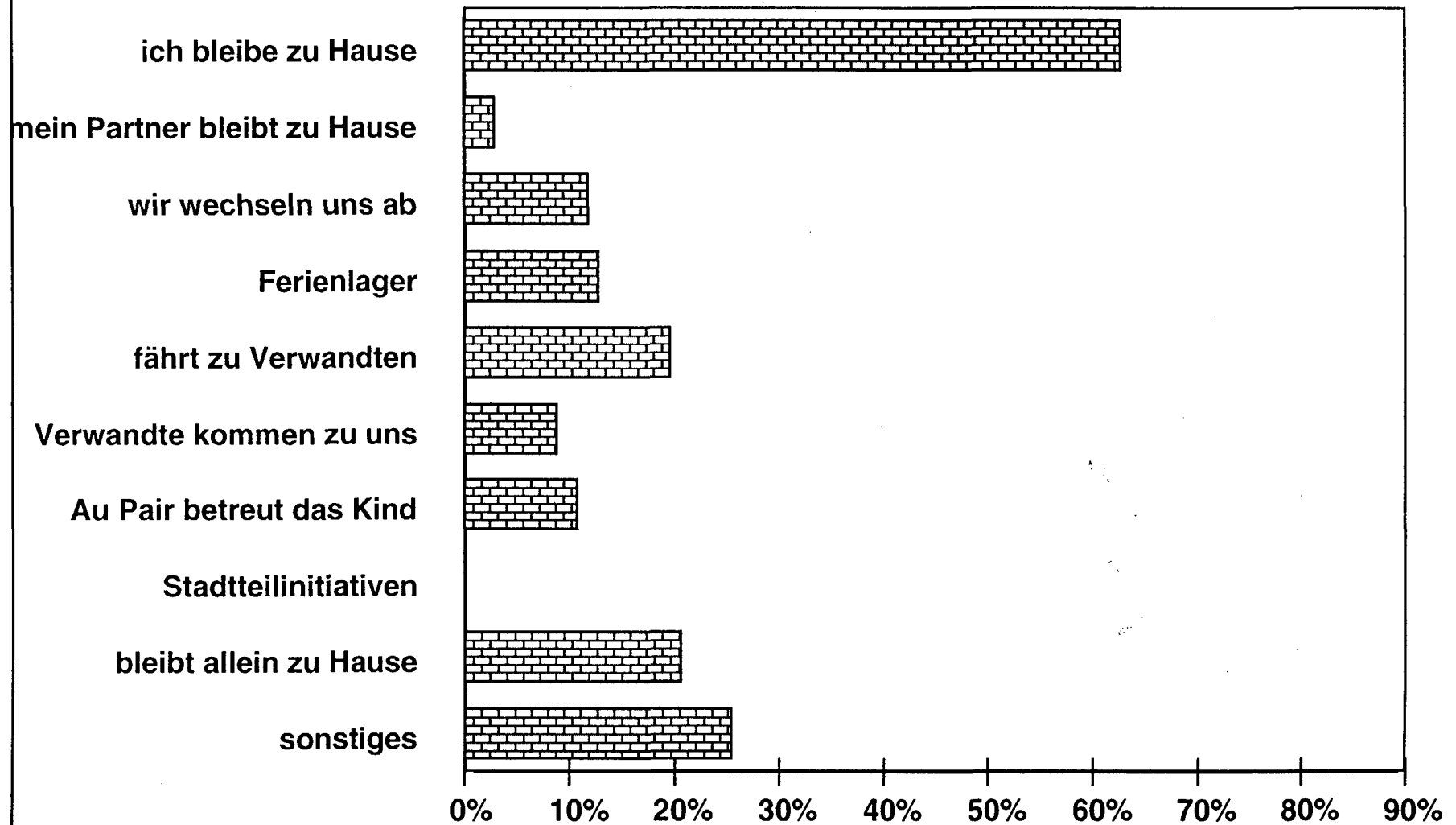
80 % der berufstätigen Mütter betreuen ihre Kinder im  
Krankheitsfall



Fast 2/3 der berufstätigen Mütter leiden unter "erheblichem  
Zeitstreß" oder "ständiger Zeitknappheit"

# Wie ist die Kinderbetreuung in den Schul-, Kindergartenferien geregelt?

- Berufstätige Mütter (Mehrfachnennungen enthalten) -

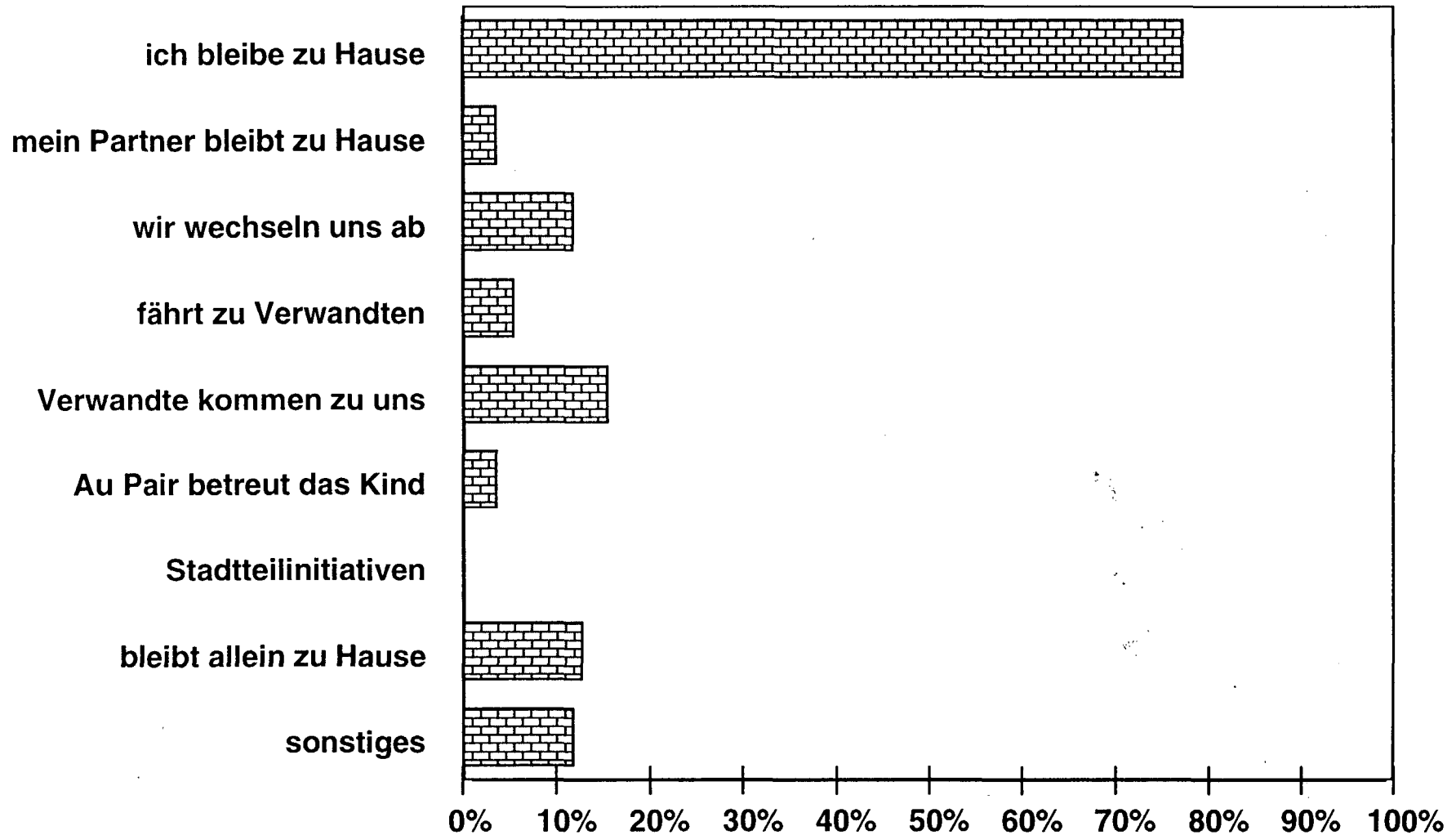


Quelle: Repräsentative Befragung in Hamburg, Barmbek-Uhlenhorst, 1996

empirica

# Wie ist die Kinderbetreuung geregelt, wenn die Kinder einmal krank sind?

- Berufstätige Mütter (Mehrfachnennungen enthalten) -

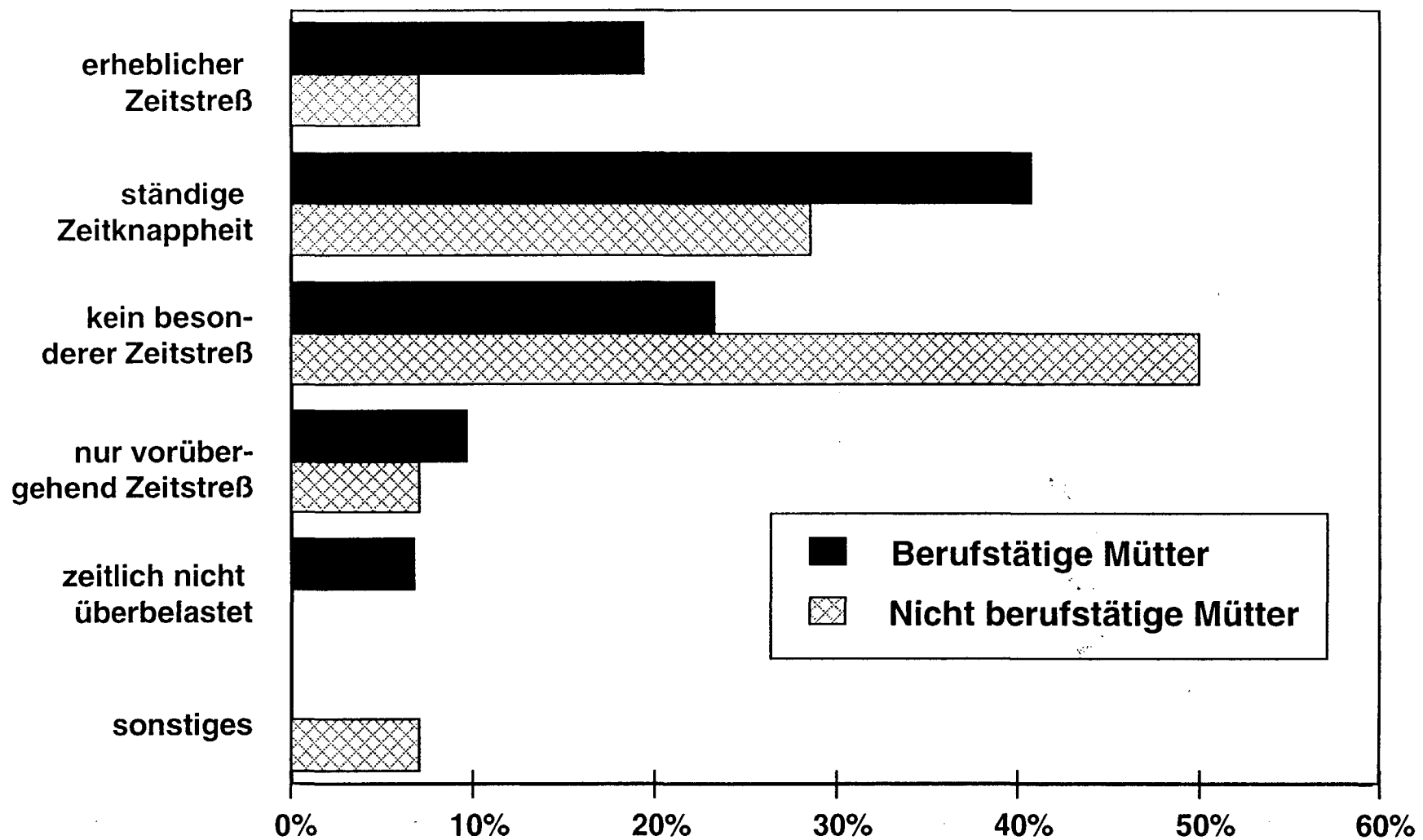


Quelle: Repräsentative Befragung in Hamburg, Barmbek-Uhlenhorst, 1996

empirica

# Zeitstreß - „Wie empfinden Sie Ihre persönliche Situation?“

- Berufstätige und nicht berufstätige Mütter im Vergleich -



Quelle: Repräsentative Befragung in Hamburg, Barmbek-Uhlenhorst, 1996

empirica

# TEILZEITARBEIT



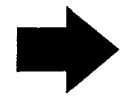
**Teilzeitarbeit als Kompromiß zwischen den Beanspruchungen der Kindererziehung und der Erwerbstätigkeit**



**Im Durchschnitt weniger attraktive, schlechter bezahlte und rechtlich schlechter gestellte Arbeitsplätze**



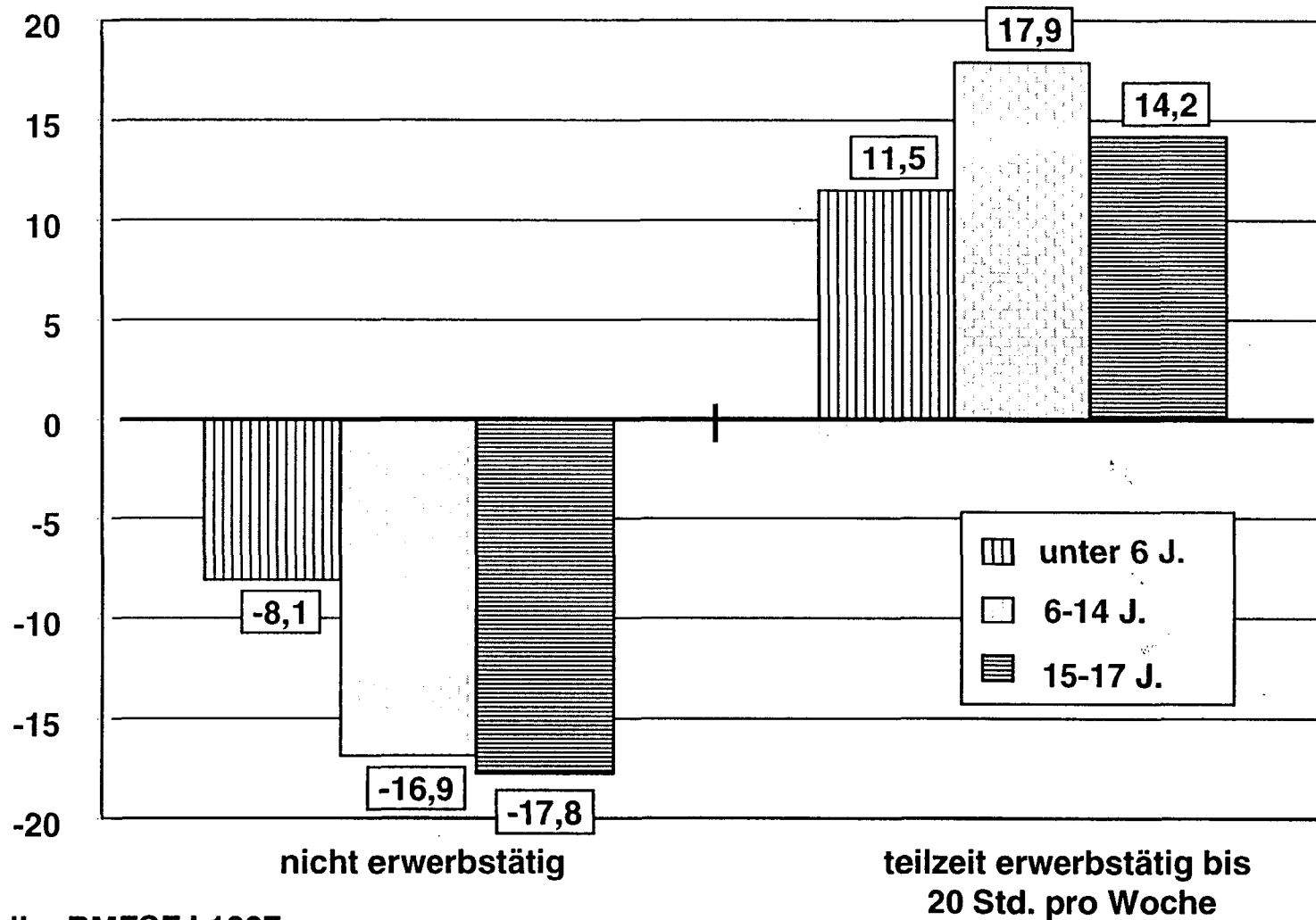
**Reduzierung der Arbeitsstundenzahl bei 2/3 der berufstätigen Mütter mit unter 16jährigen Kindern: 30 % auf 25 - 30 Wochenstunden; 21 % auf 20 - 25 Wochenstunden und 14 % auf weniger als 20 Wochenstunden**



**Vollzeitbeschäftigung bei Berufstätigen, die keine jüngeren Kinder haben (3/4)**

# Teilzeit- und nicht erwerbstätige Mütter mit minderjährigen Kindern im früheren Bundesgebiet

- 1995 gegenüber 1972 (in %) -



Quelle: BMFSFJ 1997

empirica



( GERINGERE AUFSTIEGSCHANCEN DER FRAUEN

[—^Y Berufstätigkeit (starre Arbeitszeiten) konkurriert mit Be-<sup>V</sup>lastungen durch Familie (zeitliche Inflexibilität)

Familiengründung erzwingt negative berufliche Veränderung; C^/> 7 von 10 Frauen passen Beschäftigungsart und/oder Arbeitszeit an neue familiäre Situation an

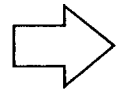
i—'Y Unterbrechung der Berufstätigkeit = Unterbrechung

' < Δ Δ ● ● ● i Δ r f ' ● » < Δ m Δ Δ Δ ● ● v M ● ● Δ S Δ M Δ Δ ● w Δ v Δ v ● w / l ● Δ Δ w Δ f Δ l W i ● Δ α ●  
^/ permanenter Qualifikationsanforderungen

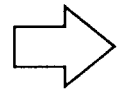
(—^v Reduzierung/Unterbrechung Erwerbstätigkeit behindert <sup>V</sup> Karriereentwicklung (Aufstieg als Funktion der Zeit)

empirica

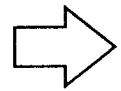
# SINKENDE GEBURTENZAHLEN



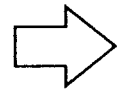
**1960: Geburtenziffer 2,37 (alte Länder)**



**1970: Geburtenziffer 2,02 (alte Länder)**

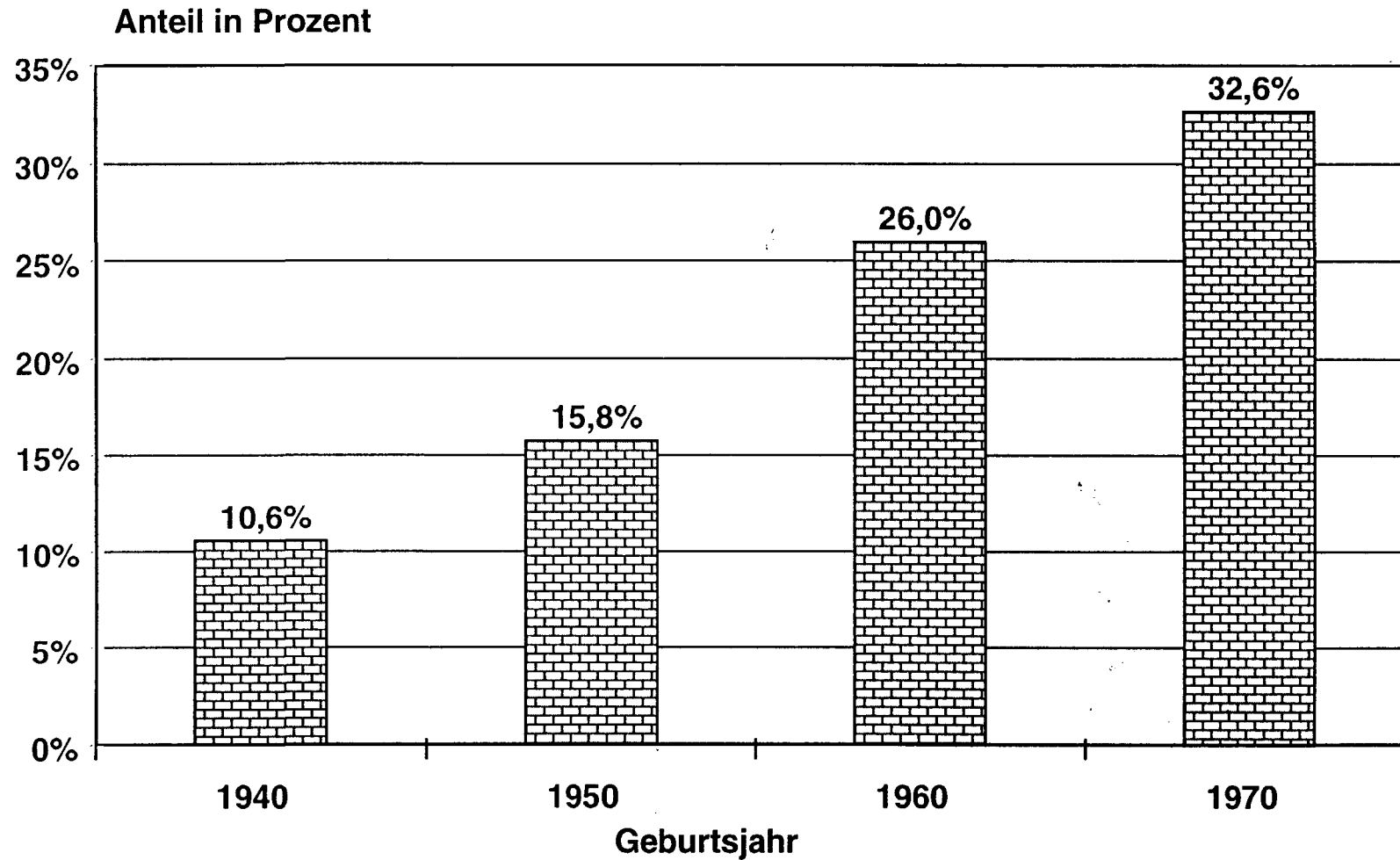


**1980: Geburtenziffer 1,44 (alte Länder)**



**1995: Geburtenziffer 1,25 (Bundesgebiet), 1,34 (alte Länder)**

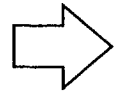
# Frauen ohne Kinder (Jahrgang 1940 bis 1970) im Verlauf ihres Lebens (früheres Bundesgebiet)



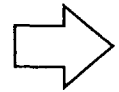
Quelle: Birg/Flöthmann 1993

empirica

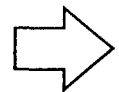
# VERZICHT AUF KINDER



**Lange Ausbildungszeiten sowie Konkurrenz um Aufstieg und Karriere drängen Kinderwunsch in den Hintergrund (Kinder erst in relativ hohem Alter oder gar nicht)**



**Unentschlossenenquote wächst: Rund 50 % der befragten Hamburger Frauen erwägen, ein weiteres bzw. überhaupt ein Kind zu bekommen**



**9 von 10 Frauen, die hinsichtlich weiterer Kinder unentschlossen sind, sind berufstätig**

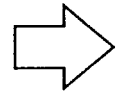
# Erwerbsquoten der 20- bis 39jährigen Frauen in EU-Ländern nach Kinderzahl

Zahl der Kinder im Haushalt

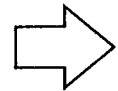
Land *	Keine Kinder	1 Kind	2 Kinder	3 u.m. Kinder	mind. 1 Kind unter 5 Jahren
Luxemburg	86	58	42	33	41
Irland	84	61	46	30	43
Spanien	79	56	46	38	45
Italien	71	57	47	36	49
Griechenland	64	54	51	43	47
Niederlande	88	56	52	43	47
Ver. Königreich	90	64	63	46	50
Deutschland	87	71	63	48	54
Portugal	85	81	73	57	75
Belgien	89	80	73	51	69
Frankreich	84	82	76	46	66
Dänemark	85	86	91	80	85

\* Geordnet nach der Erwerbsquote der Mütter mit 2 Kindern

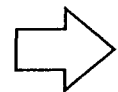
# **ZEITPROBLEME IM BEREICH KINDERBETREUUNG**



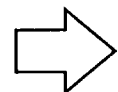
**Zwang zur Annahme qualitativ geringwertiger Arbeit, weil Öffnungszeiten und Standorte der Kinderbetreuungseinrichtungen nicht in Zeit- und Wegestrukturen passen**



**Zeitdruck für berufstätige Mütter in unvorhersehbaren Notsituationen: 80 % müssen - z.B. bei Krankheit - zu Hause bleiben**



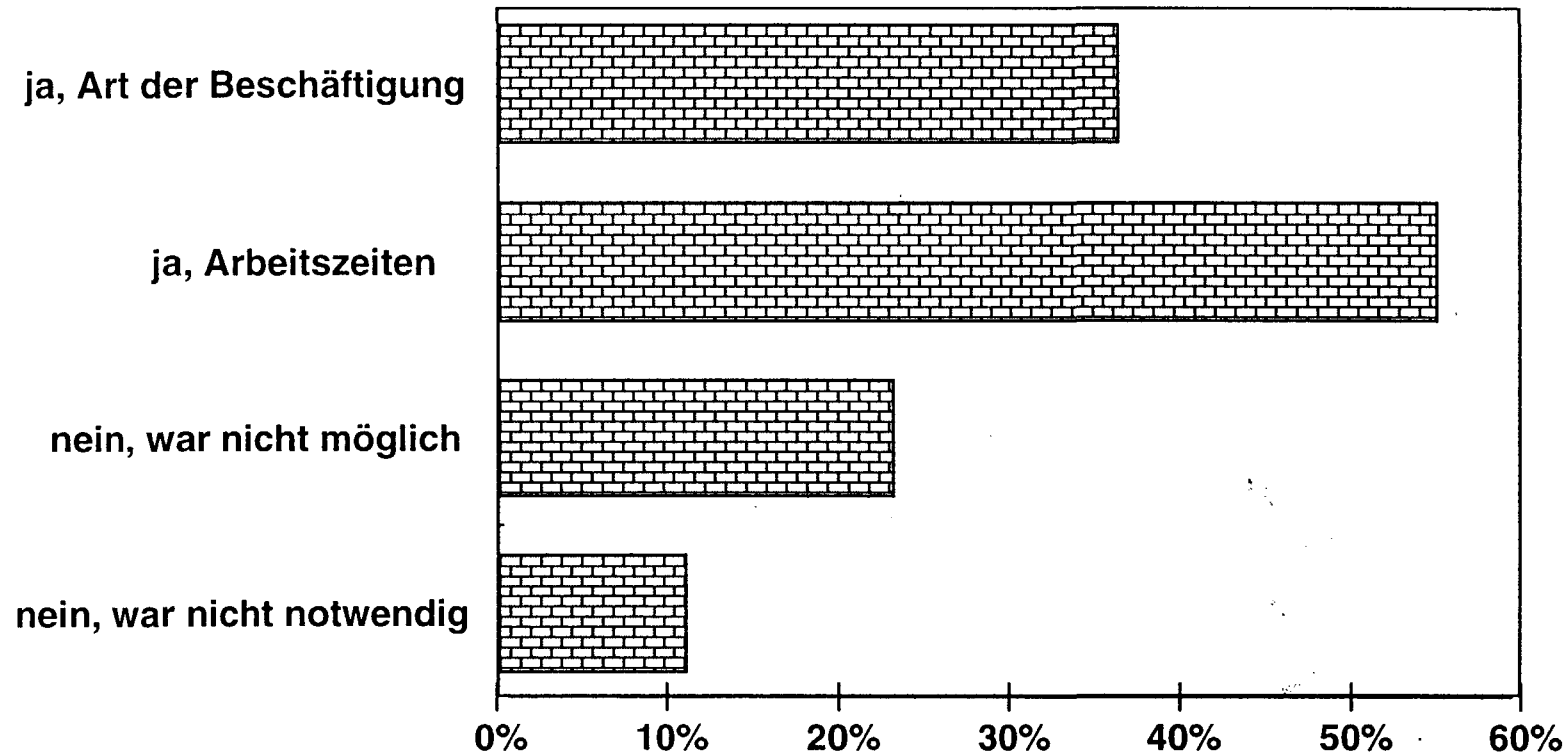
**Zusätzlicher Belastungsfaktor: Versorgung der Kinder mit Mittagessen**



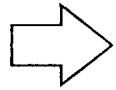
**Jonglieren mit Provisorien - Frauen als Zeitmanagerinnen**

# Haben Sie die Art Ihrer Beschäftigung oder die Arbeitszeiten nach Ihrer familiären Situation ausgerichtet?

- Frauen mit Kindern im Haushalt -

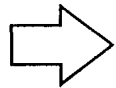


# FAMILIENADÄQUATE WOHNVERHÄLTNISSE



**Hoher Wunsch nach Eigenheimerwerb zum Zeitpunkt der Familiengründung/Haushaltserweiterung**

- **Geringe Eigentumsquote im europäischen Vergleich (Berlin rd. 10%)**
- **Durchschnittsalter beim Eigenheimerwerb: 38 Jahre**



**Optionen für Eigenheimerwerb: Beitrag zu mehr Chancengleichheit**

- **Kostengünstiges Bauen**
- **Baulandausweisung**



Zeiten der Stadt - ein Hamburger Projekt

**Sabine Issa**  
Senatsamt für die Gleichstellung  
Hamburg

## **„ZEITEN DER STADT“ Forschungs- und Modellprojekt des Senatsamtes für die Gleichstellung, Hamburg**

### ***Wie kam Hamburg auf die Idee, das Projekt „Zeiten der Stadt“ als gleichstellungspolitisches Thema aufzugreifen?***

Die Idee entstand Mitte der 80er Jahre in Italien, als in Modena und Bologna Frauen diese Städte regierten. Sowohl diese Bürgermeisterinnen als auch engagierte Gewerkschaftlerinnen hatten erkannt, daß die Zeiten der Stadt, und hier vor allem die Öffnungszeiten im öffentlichen und privaten Dienstleistungsbereich, nicht nur von einer Normalarbeitszeit und Normalfreizeit, wie es sie schon lange nicht mehr gibt, ausgingen, sondern noch immer auf der veralteten Norm der gesellschaftlichen Arbeitsteilung zwischen Mann und Frau basierten. D. h., auf der einen Seite der erwerbstätige Mann, der 8, 10 oder mehr Stunden von zu Hause fort ist, und auf der anderen Seite seine, von ihm wirtschaftlich abhängige Frau, die sich genau in dieser Zeit um Kinder und Haushalt kümmert. Was konkret bedeutet, daß sie auch alle hiermit zusammenhängenden Aufgaben, die außerhalb des Hauses anfallen, zu erledigen hat. Also: Einkaufen, Arztbesuche, Bring- und Holdienste für die Kinder, sei es zum Kindergarten, zur Schule oder zum Musik- oder Sportunterricht, oder Behördengänge hat sie während der Normalarbeitszeit, in die auch die meisten Öffnungszeiten von Dienstleistungseinrichtungen fallen, zu erledigen.

Natürlich wurde und wird diese Rollenverteilung auch heute noch oft gelebt wird. Andererseits hat die Erwerbsbeteiligung von Frauen und insbesondere von Müttern in den vergangenen Jahrzehnten sowohl in Italien als auch in Deutschland und anderen europäischen Ländern kontinuierlich zugenommen. Das Ziel dieser engagierten Italienerinnen war es deshalb, die städtischen Zeitstrukturen den Bedürfnissen der Bewohnerinnen und Bewohner anzupassen. Um sich näher über die daraus entstandenen Zeitprojekte zu informieren, lud der Hamburger Senat 1992 Kommunalpolitikerinnen und Urbanisten aus Italien ein. Seit Herbst 1995 führt das Senatsamt für die Gleichstellung nun selbst ein Forschungs- und Modellprojekt mit dem Titel „Zeiten der Stadt“ durch.

### ***„Zeiten der Stadt“ wird im Bereich des Ortsamtes Barmbek-Uhlenhorst durchgeführt. Weshalb gerade hier?***

Wir haben dieses Gebiet ausgewählt, weil seine fünf Stadtteile recht gut die Einkommens- und Sozialstruktur Hamburgs abbilden. Das heißt, wir können sowohl die Zeitbedürfnisse und Zeitangebote in einem Stadtteil wie Dulsberg, der im Rahmen des Hamburger Armutsbekämpfungsprogramms als Pilotgebiet ausgewiesen wurde, erfassen, als auch in einem eher wohlhabenden Stadtteil wie Uhlenhorst sowie in Stadtteilen wie Barmbek-Nord, Barmbek-Süd und Hohenfelde, die von der Bevölkerungsstruktur zwischen diesen beiden „Polen“ liegen.

Außerdem ist Barmbek-Uhlenhorst für ein Forschungs- und Modellprojekt deshalb so gut geeignet, weil es kein reines Wohngebiet ist, sondern alle Dienstleistungen des kurz-, mittel- und langfristigen Bedarfs anbietet und über die beiden großen zusammenhängenden Einkaufsgebiete in der Hamburger Straße und der Fuhlsbütteler Straße verfügt.

### ***Welche Ziele werden mit diesem Projekt verfolgt und wie wurde und wird konkret vorgegangen?***

#### **Wir verfolgen mit unserem Projekt verschiedene Ziele:**

Wir wollen Frauen und ihren Familien eine bessere Nutzung von Dienstleistungen und somit eine bessere Vereinbarkeit der unterschiedlichen Lebensbereiche, wie Erwerbs- und

Familienarbeit und Freizeitgestaltung, ermöglichen. Dies bedeutet, daß unser Projekt zur Verbesserung der Lebensqualität jener Bevölkerungsgruppe beiträgt, die die größten Schwierigkeiten bei der Koordinierung von Zeiten hat und deshalb die „zeitärmste“ ist. Und natürlich kommen diese Verbesserungen auch allen anderen Bevölkerungsgruppen zu Gute. Außerdem wollen wir mit unserem Projekt und seinem geschlechtsspezifischen Ansatz erreichen, daß der öffentliche Diskussionsprozeß zur Zeitproblematik vorangetrieben wird, so daß Zeitnöte und Zeitkonflikte als gesellschaftspolitisches Problem erkannt und nicht länger als individuelles, in besonderem Maße erwerbstätige Mütter betreffendes angesehen werden.

Das Senatsamt für die Gleichstellung hat deshalb die Gruppe der erwerbstätigen Mütter in den Mittelpunkt des Projekts „Zeiten der Stadt“ gestellt. Außerdem wurden erwerbstätige Frauen mit Kinderwunsch und Mütter, die wieder in den Beruf zurück wollen, in die Untersuchung einbezogen.

**Das Besondere an „Zeiten der Stadt“ ist, daß wir es als Aktionsforschungsprojekt durchführen**, d.h. daß auf die Untersuchungsergebnisse gleich Taten folgen, also neue Zeiten oder zeitentlastende Angebote entwickelt werden, die einem Praxistest unterzogen werden, im Rahmen des Projekts noch korrigiert und, wenn sie sich bewähren, verstetigt werden können. Und anders als bei herkömmlichen Forschungsvorhaben sind diejenigen, die untersucht werden, nicht nur „Forschungsobjekte“, sondern aktiv am Prozeß beteiligt. Ganz wichtig war uns auch, von vornherein alle für dieses Vorhaben relevanten gesellschaftlichen Institutionen, wie Gewerkschaften, Kammern, Verbände, Kirche und Fachbehörden, in den Diskussionsprozeß einzubeziehen, da der Erfolg eines solchen Projektes nicht nur von der Akzeptanz, sondern der aktiven Beteiligung dieser Gruppen abhängt. So war und ist die Beteiligung der Gewerkschaften z.B. deshalb so wichtig, weil neue Zeitangebote im Dienstleistungsbereich sozialverträglich gestaltet werden müssen, damit sie bei den Beschäftigten nicht zu neuen Zeitnöten führen **Konkret sind wir folgendermaßen vorgegangen:**

Zunächst wurden die bereits genannten Frauen in schriftlichen und mündlichen Interviews und in einem Workshop zu ihren Zeitnöten und Zeitwünschen befragt, gleichzeitig wurden alle Dienstleistungsunternehmen im Untersuchungsgebiet (Ämter, Einzelhandel und einzelhandelsnahe Dienstleistungsanbieter, wie Friseurläden oder Banken, Kinderbetreuungseinrichtungen, Schulen, Arztpraxen, Freizeiteinrichtungen sowie der HVV) mit ihren Zeitangeboten erfaßt. Darüber hinaus wurden zahlreiche Expertengespräche geführt, so zum Beispiel bei Kinderbetreuungseinrichtungen, im Einzelhandel, mit Freizeiteinrichtungen usw.

**(Datenbasis:** 1.500 verwertbare Interviews - sowohl Repräsentativerhebungen als auch qualitative Interviews).

**Die Befragungsergebnisse zeigten, daß in den Bereichen Kinderbetreuung, Ämter, Arzt- und Zahnarztpraxen sowie beim Einzelhandel und den Banken und Sparkassen neue Angebote an Öffnungszeiten bzw. zusätzliche zeitentlastende Dienstleistungsangebote als notwendig erachtet wurden.**

***Wie sahen die Ergebnisse im einzelnen aus und welche Maßnahmen wurden daraus abgeleitet?***

Beim **Einzelhandel** hatten wir die Besonderheit, daß das alte Ladenschlußgesetz noch existierte, als die Befragung durchgeführt wurde. Sie ergab, daß eine große Nachfrage nach Öffnungszeiten bis ca. 19:00 Uhr und eine etwas geringere bis 20:00 Uhr bestand. An Sonnabenden gab es den Wunsch, in den frühen Nachmittagsstunden einkaufen zu können. Durch das neue Ladenschlußgesetz werden diese Zeiten nun vielfach angeboten. Bei den **Banken und Sparkassen** war das Öffnungszeitenproblem nicht so gravierend, da viele Zweigstellen mittlerweile über Kundenserviceräume mit Geldautomaten und teilweise mit

Überweisungsterminals verfügen. **Durchgehende Schalteröffnungszeiten bis 17:00 bzw. 18:00 Uhr**, wie sie jetzt in der Haspa-Filiale im Einkaufszentrum Hamburger Straße angeboten werden, wurden dennoch von rund der Hälfte der befragten Frauen begrüßt, um Angelegenheiten klären zu können, die sich am Terminal nicht erledigen lassen.

Die Befragung ergab für den Bereich Ämter, daß die Öffnungszeiten kaum bekannt sind. Ein Grund für den geringen Bekanntheitsgrad liegt in der Tatsache, daß Behördengänge für den Großteil der befragten Frauen relativ selten, d. h. ein- bis dreimal pro Jahr, notwendig sind und sich die Öffnungszeiten daher nur wenig einprägen. Hinzu kommt, daß die Dienststellen des Ortsamtes auf verschiedene Gebäude verteilt sind und z.T. unterschiedliche Öffnungszeiten angeboten wurden. **Das Ortsamt Barmbek-Uhlenhorst bietet deshalb seit dem 1. Juli 97 veränderte Zeiten an**, u.z. wurde eine einheitliche Regelung der Öffnungstage mit Kemsprechzeiten getroffen, an denen man ohne Anmeldung kommen kann. Die bereits vorher bestehenden Früh- und Spätsprechstunden wurden beibehalten. **Darüber hinaus** besteht nun grundsätzlich die Möglichkeit, auch **außerhalb der Kernsprechzeiten individuelle Tenninvereinbarungen** zu treffen, und zwar an allen Tagen von Montag bis Freitag. Damit die Besucherinnen und Besucher hierüber informiert sind, haben wir zusammen mit dem Ortsamt einen Dienststellenwegweiser entwickelt, der auf einer Karte zeigt, wo welche Dienststellen liegen und wie sie mit öffentlichen Verkehrsmittel zu erreichen sind. Das Faltblatt enthält außerdem eine übersichtliche Darstellung der Öffnungszeiten und die Telefonnummern für die Vereinbarung individueller Termine. Außerdem wird z.Z. ein Informationsblatt erarbeitet, das nicht nur die Unterlagen, die für die häufigsten Vorgänge benötigt werden, auflistet, sondern auch angibt, welche Vorgänge telefonisch, schriftlich oder per Fax erledigt werden können, um Wege und somit Zeit zu sparen.

Die Untersuchung im Bereich der **Arzt- und Zahnarztpraxen** ergab, daß die Sprechstundenzeiten oft parallel zu den Arbeits- und Kinderbetreuungszeiten berufstätiger Mütter liegen. Um Arzttermine unabhängig von der Arbeit und ohne Kinder oder zusammen mit Kindern wahrnehmen zu können, wurden Früh- und Spätsprechstunden sowie Sprechstunden am Samstagvormittag gewünscht.

Hier ist es uns gelungen, **16 Arzt- und Zahnarztpraxen**, in denen 34 Ärztinnen und Ärzte tätig sind, für unseren Modellversuch zu gewinnen. Diese haben seit Sommer 97 ihre **Öffnungszeiten berufstätigen- und frauenfreundlich** verändert. Die Praxen, die am Modellprojekt teilnehmen, können bei der Kassenärztlichen Vereinigung bzw. bei der Zahnärztekammer erfragt werden. Außerdem war es den Arztpraxen, nicht aber den Zahnarztpraxen erlaubt, ihre neuen Sprechzeiten durch ein Zeitungsinserat bekannt zu machen.

Die Befragung berufstätiger Mütter ergab für den Bereich der **Kinderbetreuung**, daß hier nicht nur zusätzliche Zeiten, sondern **vor allem zusätzliche Dienstleistungsangebote** gewünscht wurden, milderer Hilfe der Zeitstress gemildert werden kann. **Für Betreuungsangebote an Samstagvormittagen wurden „Vater-Kind-Gruppen“ initiiert**, die zunächst unter Anleitung und später selbstorganisiert die Kinderbetreuung übernehmen. Eine besonders große Nachfrage berufstätiger Mütter stellten wir im Hinblick auf eine **Versorgung von Schulkindern mit Mittagessen** fest, und zwar besonders dann, wenn diese aus dem Hortalter heraus sind. Wir haben deshalb mit sämtlichen Schulen in Barmbek-Uhlenhorst Kontakt aufgenommen. Über Zweidrittel der Schulleiterinnen und Schulleiter bestätigten unsere Befragungsergebnisse und waren bereit, in ihrer Schule eine Bedarfserhebung durchzuführen. Diese ergaben je nach Schultyp und Schulgröße einen Nachfrage von 25 bis 100 Mittagessen pro Tag. In Zusammenarbeit mit Mittagstischlieferanten und Küchenprojekten, in denen Sozialhilfeempfängerinnen qualifiziert werden, sollen im Modellgebiet in Kürze die ersten Schülermensen für acht allgemeinbildende Schulen Mittagessen für rd. DM 5,- anbieten.

Neben dem Mittagstisch wurden insbesondere **Betreuungsangebote in Notsituationen**, wie z.B. bei Krankheit des Kindes oder der Mutter, sowie **flexible Betreuungsangebote**, z.B. stunden- oder tageweise, gewünscht. Hierfür konnten wir den Verein Jung und Alt in Zuwendung e.V. in Hohenfelde zu einer Teilnahme am Modellprojekt gewinnen. Das Interesse dieses Vereins liegt in der Förderung des Dialogs und der gegenseitigen Hilfeleistung zwischen den Generationen. Der Verein hat, unseren Untersuchungsergebnissen entsprechend, seine Öffnungszeiten, in denen Kinderbetreuung in Notfällen vermittelt wird, ausgedehnt. Das Mütterzentrum Hohenfelde wird flexible Betreuungszeiten in der Zeit von 7:00 bis 19:00 Uhr anbieten. Neben diesem Betreuungsangebot soll es auch einen Mittagstisch für Eltern und Kinder geben.

Unter dem Aspekt „**Zeit und öffentliche Sicherheit**“ beteiligt sich das im Modellgebiet liegende **Polizeirevier 31** seit April 98 am Projekt „Zeiten der Stadt“. In diesem Revier wurden neue Dienstzeitregelungen, die zu **einer Ausweitung der Straßenpräsenz** geführt haben, entwickelt, erprobt und dauerhaft eingeführt.

***Wird „Zeiten der Stadt“ auf Barmbek-Uhlenhorst beschränkt bleiben oder ist an eine Ausweitung gedacht?***

Wir wollen zunächst die einzelnen Modellvorhaben jeweils ungefähr ein Jahr lang unter wissenschaftlicher Begleitung praktisch erproben, um dann das, was sich bewährt hat, ab 1999 auf andere Hamburger Gebiete auszuweiten.

***Gibt es auch in anderen deutschen Städten ähnliche Projekte?***

Es gibt einige Städte, die sich mit der Verbesserung der Lebensqualität durch neue Zeiten oder zeitentlastende Dienstleistungsangebote befassen. Hierbei handelt es sich jedoch immer um Teilprojekte, **bisher hat keine deutsche Stadt außer Hamburg das Thema ganzheitlich aufgegriffen.**

**Innerhalb der Bundesrepublik sind wir am weitesten und haben deshalb eine Vorreiterrolle.** Das hat dazu geführt, daß unser Projekt im Kooperationsverbund mit den Städten Hannover und Bremen, die sich mit Teilaspekten städtischer Zeitpolitik befassen, **als weltweites Projekt der EXPO 2000** registriert wurde. Das Besondere an dieser Kooperation ist das „**Von einander Lernen**“. Für die Projektpartner der drei Städte veranstalten wir regelmäßig Workshops zu bestimmten Themenschwerpunkten (z.B. Methoden zur Ermittlung von Bürgerwünschen, Öffentlichkeitsarbeit u.a.), darüber hinaus besteht ein enger Erfahrungsaustausch zwischen den Projekten mit gleicher Zielsetzung (Schulmensen, Polizei, Kinderbetreuung etc.). Außerdem sind wir als **beispielhaftes Projekt** in den **europäischen Studiengang „EUREXCTER -Zeiten und Qualität der Stadt“** eingebunden. Dieser Studiengang, der sich an Praktikerinnen und Praktiker vor allem aus der öffentlichen Verwaltung richtet, ist ein Gemeinschaftsprojekt des Spitzenverbandes der europäischen öffentlichen Arbeitgeber und des Europäischen Gewerkschaftsbundes und wird aus Mitteln des Europäischen Sozial- und des Europäischen Regionalfonds grundfinanziert. Zur Zeit sind die Städte Hamburg, Mailand und Paris beteiligt. In der zweiten Phase, die Ende 98 beginnen wird, werden außerdem Studienmöglichkeiten in Irland und Spanien angeboten. Und last but not least wurde „Zeiten der Stadt“ auch als **Projekt** in die **Kommunale Agenda 21 Hamburg** aufgenommen.

## Zeiten der Stadt - Modellphase in HH-Barmbek-Uhlenhorst

### Bedarfsgerechte Öffnungs- bzw. Sprechzeiten

Arzt- und Zahn-  
arztpraxen (seit  
07/97 z. Z.  
Evaluation)

Ämter und Dienststellen  
mit Publikumsverkehr  
(seit 07/97 Evaluation  
10/98)

/

Verknüpfung mit an-  
deren innov. Entwick-  
lungen, z.B. „mobil 2“

Vermittlung von  
Kinderbetreuung in  
Notsituationen durch  
„Jung und Alt in Zu-  
wendung e.V.“ (seit  
03/98)

i

Verknüpfung mit  
Arbeitsmarktprogr.

### Zeitentlastende Dienstleistungen

Schulmensen  
(ab 09/98  
Evaluation 02/99)  
i Verknüpfung mit  
- soz. Stadtentwickig.  
- Arbeitsmarktprogr.  
Kooperationen mit  
- HAB und freien Trägern  
- Privatwirtschaft

Vater-Kind-Projekt  
(ab 09/98  
Evaluation 02/99)  
I auch  
Arbeitsschwerpunkt  
„Partnerschaft zw. Männern  
und Frauen/neue Väter“

Flexible Kinderbetreuung  
mit Mittagstisch im  
„Mütterzentrum Hohenfelde e.V.“  
(ab 09/98)

### Verkehr

im Modellgebiet kein  
Handlungsbedarf -

bei Übertragung:  
Zusatzuntersuchung  
notwendig

i

gemeinsames  
Forschungsprojekt  
mit dem HW in HH-  
Randlage

### Information

in Planung:  
Kooperationen mit:  
- REK (WEB-Seite)  
- DIBIS  
- HH-I-Viedotext  
(- Frauen-Uni -> EXPO)

### Sicherheit

Pol.Rev.31  
(-^ EXPO)

# **Zeiten der Stadt - Modellphase**

## **1. Bedarfsgerechte Öffnungszeiten**

- **Arzt- und Zahnarztpraxen** (seit 07/97)

### **Ämter und Dienststellen mit Publikumsverkehr (seit 07/97)**

-> Verknüpfung mit anderen innov. Entwicklungen („mobil 2“)

- **Vermittlung von Kinderbetreuung in Notsituationen** durch den Verein „Jung und Alt in Zuwendung e.V.“ (seit 03/98)

—> Verknüpfung mit Arbeitsmarktprogramm (LKZ)

## **2. Zeitentlastende Dienstleistungsangebote**

- **Schulmensen/Mittagstisch für Schulen (seit 09/98)**

—> Verknüpfung mit

- Programm „Soziale Stadtentwicklung“
- Arbeitsmarktprogrammen (ABM, § 19 BSHG, SAM)

- **Vater-Kind-Projekt** im „KiFaZ“ (ab 10/98)

- **Flexible Kinderbetreuung** mit Mittagstisch im „Mütterzentrum Hohenfelde e.V.“ (seit 09/98)



### **3. Verkehr**

- im Untersuchungsgebiet kein Handlungsbedarf

bei Übertragung Zusatzuntersuchung notwendig:

-> gemeinsames Projekt mit dem Hamburger Verkehrsverbund in HH-Randlage

### **4. Information**

- in Planung:

Kooperationen mit

- REK-Regionales Entwicklungskonzept HH-N-SH
- DIBIS (Direktes Bürgerinformationssystem in den Bezirken)

H HI-Videotext

- EXPO-Frauen-Uni (Fb Informatik an der Uni HH)

# **Praxisprojekt „Schulmensen“**

## **Vorwissen über den Bedarf an interessierten Schulen:**

- 9 Schulen
- 25 - 100 Mittagessen je nach Schultyp und -größe

## **über bestehende Projekte an anderen Schulen:**

- Mensen an Ganztagschulen
- pädagogischer Mittagstisch in „sozialen Brennpunkten“
- Elterninitiativen in „mittelschichtsorientierten“ Schulen

## **über zu erwartende Schwierigkeiten:**

- begrenzte Zeit für die Umsetzung
- Finanzierungsmöglichkeiten (insb. Personal)
- unterschiedliche Voraussetzungen an den Schulen (Alter der Kinder, Raumkapazität, Schultyp, unterschiedliche Interessen)

## **Alternativen**

- Kooperation Schule - Kindertagesheim
- Kooperation Schulen mit/ohne Mensa
- Kooperation Schule - Stadtteilküche
- eigene Schulmensa

## **Beispiel: Schulmensa Gymnasium**

### **Bedarf:**

- 50 bis 100 Essen pro Tag (wochentagabhängig)
- 2 Altersgruppen (Klassen 5-9, Klassen 10-13)
- gewünschte Essenszeiten nach der 6. bzw. 7. Std.

### **Räume:**

— ehemalige Hausmeisterwohnung (unrenoviert, ohne Ausstattung)

—> Renovierung: überABM

—> Ausstattung: Mittel der Schulbehörde

### **Essen:**

- Kooperation mit einem Beschäftigungs- und Qualifizierungsprojekt, das bereits eine Mensa in einer Ganztagschule betreibt

—> Preis pro Mittagessen: DM 4,50

-> Überlegungen, das Angebot zu erweitern (Pausen)

## **Problem:**

### **Unterschiedliche Interessenslagen bei Eltern, Lehrerschaft und Schülerinnen und Schülern:**

- Gestaltung der Räume
- „Qualität“ des Essens
- Stellung/Beziehung des Mittagessen zum Tagesablauf
- sozialer Kontext des Essens
- Nutzung der Räume außerhalb der Essenszeiten

## **Ziel:**

**Vereinbarkeit von ökologischer Ernährung, sozialen Interessen, Erziehungsansprüchen, ökonomischen Rahmenbedingungen → Akzeptanz der Mensa**

## **Lösung:**

### **Einsatz von didaktischen Methoden**

subjektiv-sinnliche Wahrnehmungsebene

medial gestützte Intervention

Rekonstruktion von gesellschaftlichen Erfahrungen

# Gemeinplätze

## Zur frauengerechten Stadt

Von Philipp Meuser

BERLIN. Der fast geschlossene Rücktritt des Berliner Frauenfachbeirates Anfang August ging trotz des Spammerlochs in den Medien unter. Zehn der zwölf Architektinnen und Planerinnen hatten Bausenator Jürgen Klemann (CDU) Desinteresse an der Arbeit seines externen Beratungsgremiums vorgeworfen. Jahrelang hatten die Frauen für ihre Kolleginnen einen Architekturwettbewerb gefordert, an dem keine Männer teilnehmen sollten. Doch die offene Konkurrenz, die den größten Erfolg der Zwölferrunde bedeutet hätte, wurde in ein für Frauen vor-behaltenes Investorenverfahren umgemünzt. ...

Dadurch würden jedoch innovative Ideen den ökonomischen Interessen untergeordnet, hieß es im öffentlichen Rücktrittsschreiben. Aber diese Entscheidung konnte kaum auf geschlechterspezifische Umstände zurückgeführt werden.; Vielmehr ging es wohl um die Verärgerung einer Gruppe, die sich innerlich bereits auf eine berufsständische Privilegierung vorbereitet hatte und quasi vor der letzten Hürde auf der Zielgeraden kapitulieren mußte. ...

Die scheinbare Ignoranz, die dem Bausenator vorgeworfen wird, steht stellvertretend für eine Krise der frauengerechten Stadtplanung. Bei Beteiligungsmodellen haben die Frauenverbände, längst Konkurrenz von geschlechtsneutralen Minderheiten bekommen, und um *gender planning* als ästhetische Disziplin zu verstehen, hat der Wiener Architekt Hans Hollein bereits vor vierzig Jahren mit seiner Hochhaus-Provokation ad absurdum geführt. Hollein entwarf einen, nervigen Phallus als Synonym für kapitalistische Potenzprahlerei. ...

Frauengerechte Stadtplanung besteht aus einem Dickicht von Binsenweisheiten; ihre architektonische Ableitung mitunter aus Peinlichkeiten. Es ist längst, selbstverständlich, „Bushaltestellen, nicht in dunkle Tunnel zu legen und Frauenstellplätze in Parkgaragen einzurichten. Doch treffen diese Sicherheitsgarantien nur, auf Frauen zu? Und kann Planung als Retter herangezogen werden? ...

Die Debatte darf sich also weder auf Form- noch auf Beteiligungsfragen beschränken. Dies hat jetzt eine Diskussion im *Berliner Stadtforum* deutlich gemacht. Stadtplanung ist vermutlich, darin frauenfreundlicher, wenn sie den weiblichen Lebenszusammenhang in den Blicken bekomme, konstatierte die Berliner Sozialwissenschaftlerin (Hildegard) Maria Nickel. Danach Ratten sich, sowohl das

Wohnverhalten als auch die Leherisplanung von Frauen; in den vergangenen Jahrzehnten vor allem in den Großstädten gravierend verändert. Fast 40 Prozent der weiblichen Eih-Persorien-Haushalte verfügten über drei und mehr Zimmer, vornehmlich in zentral gelegenen Stadtteilen mit guter Infrastruktur. Die Innenstadt sei ein nahezu perfekter Emanzipationsort. Diese Forderung unterstützte auch die Bremer Staatsrätin für Bauen, Ulla Luther, die den Auszug der Familien aus den Zentren an die Peripherie beklagte und daraus einen Verlust an urbanem Leben folgerte. Ihre These: Frauen entziehen sich städtischen Strukturen in der Verantwortung um die Sicherheit und Gesundheit ihrer Kinder und stellen ihre Emanzipation zugunsten der Familie in den Hintergrund. Stadtplanung müsse heute also auch zentral gelegene und flexible Räume für Familien anbieten, um dem Exodus der Mehr-Personen-Haushalte ins Umland Einhalt zu gebieten. Nickel wie auch Luther merkten zudem an, daß sich ihr Stadtmodell in nichts von dem der traditionellen, nutzungsgemischten Stadt unterscheidet. Und das städtebauliche Leitbild, wie es in Berlin zu einem Großteil auch von weiblichen Baustadträtinnen und selbständige Architektinnen geprägt werde, enthalte kaum frauenspezifische Visionen. ...

Greifbares entwickelte das Hamburger Senatsamt für Gleichstellung. Als erste deutsche Kommune startete die Alster-Metropole vor drei Jahren ein Projekt, mit dem zwischen Beruf, Familie und Freizeit auf stressfreiere Weise vermittelt werden soll. Erste Ergebnisse stellte die verantwortliche Referatsleiterin Sabina Issa vor. Einen Schwerpunkt des Modells bildet eine verbesserte Kinderversorgung für berufstätige Eltern, die neben dem Mittagstisch für Schüler auch eine flexible Betreuung für Kleinkinder umfaßt. Zugleich wurden bei Interviews ausgedehntere Öffnungszeiten in Arztpraxen und Ämtern gefordert; Die Vorreiterrolle der Hanseaten hat in Kooperation, mit Bremen und Hannover bereits zu einer Anerkennung als EXPQ-Projekt geführt. ...

So sehr auch die Zeiten der Stadt einen allgemeinen Trend in der Stadtplanung widerspiegeln, die Anforderungen der Stadtbewohner an ihr Lebensumfeld haben sich kaum geändert. Neben Sicherheit und Gesundheit sind selbst die vermeintlich neuen Dienstleistungen vom Taxi-Dienst an Endhaltestellen bis zum Internet-Einkauf der Ökonomie-Bedürfnisse. Die Stadt muß sich dazu nicht ändern. Selbst der Berliner Beusselkiez im traditionellen Arbeiter- und Migrantenviertel Moabit — inzwischen zu einem Verdachtsgebiet der sozialen Segregation abqualifiziert — strahlt mit seinen Dönerbuden im 24-Stunden-Betrieb mehr Sicherheit aus, als die Einfamilienhaus-Burgen am Stadtrand, wo die Bewohner aus Angst vor Einbrüchen bereits um halb sieben die Rolläden herunterfallen lassen.

Die frauengerechte Stadt braucht Öffentlichkeit und urbanes Leben im Straßenraum. Und darin unterscheidet sie sich in keiner Weise vom Typus der europäischen Stadt, um die es sich letztlich in allen Diskussionen dreht. Daran ließ auch die Berliner Debatte keinen Zweifel.

Isf- 2 7 SEP. 1998

## Die Frauen sind in Berlin in der Mehrheit

Stadtforum zum Thema „Stadt für Frauen“ forderte familienfreundliche Gestaltung der Innenstadt

**BERLIN** (brun). Um die Stadtflucht von Familien zu begrenzen, muß die Innenstadt familienfreundlicher gestaltet werden. Dies hat der Lenkungsausschuß des Stadtforums nach der 71. Sitzung des Forums am Freitagabend im ehemaligen Staatsratsgebäude am Schloßplatz empfohlen. Das Thema hieß:

„Stadt für Frauen - Emanzipationschancen in der Metropole“. Laut Lenkungsausschuß sind mehr als die Hälfte aller Berliner Frauen. Zudem präsentiert sich Berlin als Hauptstadt weiblicher Singles: Rund ein Viertel aller Haushalte werden von Frauen geführt, die allein leben. Bevorzugte Wohnstandorte seien die Innenstadtbezirke.

Zur Diskussion: Sabine Issa vom Hamburger Senatsamt für Gleichstellung beschrieb anhand der Ergebnisse der Untersuchung „Zeiten der Stadt“ die typischen Probleme

mit denen sich Frauen herumschlagen müssen. Seit Ende 1995 hatten Wissenschaftler des Bonner Forschungsinstituts „Empirica“ in Barmbek-Uhlenhorst die Tagesabläufe insbesondere berufstätiger Mütter auf Streßquellen untersucht. Starre und ungünstige Öffnungszeiten von Kindertagesstätten erwiesen sich ebenso als Auslöser von Zeitproblemen wie weite Wege und der Mangel von Betreuungsangeboten bei Krankheit der Mutter oder des Kindes. Oft erschein Frauen der Verzicht auf Kinder oder auf weitere Kinder als einzige Lösung des Problems. Mütter seien aus Zeitmangel häufig gezwungen, Arbeitsstilen in der Nähe der Wohnung anzunehmen, auch wenn sie für den Job überqualifiziert seien.

Ingke Brodersen vom Rowohlt-Berlin-Verlag verwies darauf, daß Frauen unter der

Berliner Bevölkerung die Mehrheit stellen. Brodersen kritisierte, daß „die Hauptstadtplanung unter Ausschluß der Frauen“ stattfinde. Dies müsse geändert werden. Ingke Brodersen forderte die Frauen auf, ihre Angst vor öffentlichen Räumen zu überwinden. Mit weiblicher Phantasie müßten öffentliche Plätze zurückerobert, genutzt oder gar verändert werden.

Nach Ansicht von Ulla Luther, Staatsrätin im Bremer Senat für Bau, Verkehr und Stadtentwicklung, entziehen sich Männer zunehmend ihrer Verantwortung für die Familie. Von 1990 bis 1996 sei die Zahl alleinerziehender Mütter in ganz Deutschland um 220000 gewachsen. 1996 habe es in der Bundesrepublik 1,49 Millionen alleinerziehender Mütter mit immerhin 2,13 Millionen Kindern gegeben.



Weibliche Singles sind in Berlin in der Überzahl

METROPOLE

## Stadt der Frauen

*Die Hauptstadt weiblicher Singles tut nichts für sie*

Großstädte wie London, Paris oder Berlin sind Orte der geschlechtlichen Emanzipation. Im Schurz der Anonymität läßt sich mit traditionellen Lebensformen brechen und Neues entwickeln. Vor allem Berlin ist mit einem weiblichen Anteil von 55 Prozent an den Einzelhaushalten eine Hauptstadt weiblicher Singles, wie die Dozentin Hildegard Maria Nickel von der Humboldt-Universität feststellt.

Aber können sich Frauen, ungeachtet ihres Lebensstandes und -alters, in Berlin auch entfalten? Eine Frage, der sich Ende September das Stadtforum als Think Tank der Masterplaner um Stadtentwicklungs-senator Peter Stneder (SPD) erst mals widmete. Anlaß ist ein Pilot-projekt in Hamburg, wo seit Herbst 1995 versucht wird, mit flexiblen Öffnungszeiten öffentlicher und privater Einrichtungen auf die Bedürfnisse von Frauen zu reagieren.

Für Ingke Brodersen vom Rowohl Verlag Berlin ein Indiz für die nach wie vor blind nach männlichen Schnittmustern betriebene Stadtplanung. Diese sei autofixiert und gehe von einer intakten

Beziehung, Teilzeitbeschäftigung und dem Eigenheim als Paradies aller Lebenssehnsuchte als Idealzustand aus. Die Bedürfnisse der meisten Frauen und die Vielfalt von Lebensformen lagen aber völlig abseits dieser altbürgerlichen Vorstellungen. Frauen, die oft Beruf, täglichen Einkauf, eventuelle Kindererziehung und Freizeit unter einen Hut bringen müssen, erröhren ihren Alltag als Hindernislauf.

Die Stadt, die laut der bundnis-grünen Bundestagsabgeordneten und Architektin Franziska Eichstadt-Bohlig ideal für die kinderlose Emanzipation sei, verkehre sich durch den Abbau öffentlicher Nahverkehrsangebote, steigender Mieten und der Verlotterung des öffentlichen Raumes ins Gegenteil, besonders für alleinerziehende Frauen. Verheiratete Mütter treten in der Regel eher die Stadtfucht ins ländliche Eigenheim an. Eichstadt-Bohlig kritisierte daher das Planwerk Innenstadt, das mit seiner Verbauung den Konflikt noch verschärfe und formulierte ihrerseits Eckpunkte einer Kurskorrektur. Nur eine gezielte Stadtpolitik, mit der die Kieze sozial und ökonomisch

stabilisiert werden, könne die Menschen halten und die Metropole vor dem Absturz zum Moloch bewahren.

Eichstadt-Bohlig forderte die Eigenheimzulage als Zuschuß für die Bestandserneuerung und -pflege, umzuwandeln, ein Mietrecht, das die soziale und gewerbliche Mischung garantiert, und den Ausbau des öffentlichen Nahverkehrs.

Ingke Brodersen mahnte flexiblere Wohngrundrisse an, die den modernen Lebensformen gerecht werden, und die Bremer Staatssekretarin im Stadtentwicklungssenat, Ulla Luther, mehr hochwertigen Wohnen, um die stadtflichtigen Mittelstandsfrauen zu halten. "Trefflich resümierte Senator Peter Stneder, daß es nicht darum ginge, ob, sondern wie gebaut wird. Begrünte Häuser und Innenhöfe, wie sie die Grüne Liga etwa am Prenzlauer Berg verwirklichte, gaben die Richtung an.

Das Szenario für eine Stadt der kurzen Wege (Brodersen) zeigte, daß nur eine menschenfreundliche Stadt Berlin auch zu einer Stadt für Frauen macht 3;

ANSGAR OSWALD



## **71. Stadtforum**

Adressen der Referentinnen

### **Ingke Brodersen**

Rowohlt Berlin Verlag  
Neue Promenade 5 10178  
Berlin

### **Prof. Dr. Hildegard Maria Nickel**

Humboldt-Universität zu Berlin  
Philosophische Fakultät  
Universitätsstraße 3 b 10099 Berlin

### **Ulla Luther**

Senat für Bau, Verkehr und Stadtentwicklung  
Ansgaritorstraße 2 28195 Bremen

### **Franziska Eichstädt-Bohlig, MdB**

Bundeshaus RW 303  
53113 Bonn

### **Dr. Marie-Therese Krings-Heckemeier**

empirica  
Kaiserstraße 29  
53113 Bonn

### **Sabine Issa**

Senatsamt für die Gleichstellung  
Abt. Frau in Familie und sozialem Umfeld  
Alter Steinweg 4  
20459 Hamburg